

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.18 - 61. Jahrgang 24. September 2011

## Gewonnen mit 17 Stimmen plus X

**Gut Ding braucht Weile ... so auch das Ergebnis einer Direktwahl im Wahlkreis Kaulsdorf und Kaulsdorf-Nord.**

Am Sonntag hatte Sven Kohlmeier mit dem knappen Ergebnis von 17 Stimmen gegenüber dem Zweitplatzierten gewonnen. Damit fiel das Direktmandat in der Linken-Hochburg erstmals an die SPD. Zwischenzeitlich wurde eine Nachzählung wegen des knappen Ergebnisses durchgeführt. Über die Rechtmäßigkeit dieser Nachzählung gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen. Jedenfalls, und das ist erfreulich: Sven Kohlmeier behält sein Direktmandat, sein Vorsprung hat sich um einige Stimmen verbessert. Das bestätigte der Bezirkswahlleiter gegenüber Kohlmeier. Damit steht das Ergebnis aber längst noch nicht endgültig fest... Denn am 26.09.2011 tagt zunächst der Bezirkswahlausschuss, der das Ergebnis noch bestätigen muss.

Anschließend wird auch noch der Landeswahlausschuss tagen, so dass das endgültige Wahlergebnis erst am 6. Oktober 2011 feststehen wird. Der genaue Stimmenvorsprung wird erst bei der Sitzung des Bezirkswahlausschusses mitgeteilt. Bis dahin hat Sven Kohlmeier mit 17 Stimmen plus X gewonnen. **cs □**

## Aus der Tonne

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts der Wahlfälschung im Fall der am Mittwoch in einer Lichtenfelder Mülltonne gefundenen Briefwahlstimmzettel. Die 379 verschlossenen Umschläge stammen aus dem gesamten Bezirk. Sie sind offenbar bei der Poststelle des Bezirksamts eingegangen und auf dem Weg von dort zur Briefwahl-Auszählung im Müll gelandet. Jetzt fließen sie ins Ergebnis ein - nach einer öffentlichen Auszählung am Freitag im Rathaus Zehlendorf. **□**

Berlinwahl:

## Stabile Koalition gesucht

Sondierungen laufen - Klarer Regierungsauftrag für SPD

**Die SPD und ihr Spitzenkandidat Klaus Wowereit haben zum dritten Mal den Regierungsauftrag erhalten. In Sondierungsgesprächen wurde bereits am Mittwoch mit den Grünen und am Donnerstag mit der CDU ausgelotet, wie eine tragfähige Koalition aussehen könnte.**

Der SPD-Delegation gehören der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, der Partei- und Fraktionschef Michael Müller, die Vize-Fraktionschefin Dilek Kolat, Finanz-Staatssekretärin Iris Spranger und Landesvorstandsmitglied Mark Rackles an.

Die SPD will in der künftigen Koalition so viel sozialdemokratische Inhalte wie möglich durchsetzen. Dazu gehören die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die dafür notwendigen Infrastrukturmaßnahmen, der Erhalt der Kostenfreiheit in der Bildung. In den Sondierungsgesprächen mit Grünen und CDU sind alle Themen angesprochen worden. Die Stimmung in beiden Gesprächsrunden war offen und gut. Die Ergebnisse der Sondierungen werden in der kommenden Woche vom SPD-Landesvor-



Dritter Wahlerfolg: Klaus Wowereit. Foto: Horb

stand bewertet. Die SPD will eine stabile Regierung für Berlin, dies hängt aber nicht vornehmlich von den Zahlenverhältnissen im Abgeordnetenhaus ab sondern von klaren inhaltlichen Verabredungen für die Weiterentwicklung der Stadt.

Das amtliche Endergebnis soll am 6. Oktober feststehen. Nachdem sich das Ergebnis bereits durch einen Fehler in Lichtenberg verändert hat, wo die SPD ein Direktmandat verlor, werden derzeit in mehreren Wahlkreisen knappe Ergebnisse noch einmal überprüft. **uh □**

## „Unwürdiges Theater“

Schwesig: Bürgerversicherung für Pflege unverzichtbar

**Das steigende Pfliegerisiko darf nicht allein von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern getragen werden. Das erklärte die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig. Der Regierung warf sie vor, das Regieren nun ganz eingestellt zu haben.**

Alle Einkommen müssen in die Finanzierung der Pflege einbezogen werden, forderte Schwesig. „Fest steht, dass es gute Pflege nicht zum Nulltarif gibt. Ohne Mehreinnahmen in der Pflegeversicherung wird es nicht gehen. Eine Bürgerversicherung in der Pflege ist deshalb unverzichtbar.“

Während der Bundesgesundheitsminister die Vorstellung seiner Eckpunkte verschoben hat, kündigte eine CDU-Sozialmi-

nisterin ein weiteres neues Konzept zur Pflegereform an.

Schwesig: „Diesen Vorschlag, den Mehr-

### LIEBE LESERINNEN UND LESER,

DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER STIMME ERSCHEINT NACH DEN HERBSTFERIEN AM 15. OKTOBER 2011.

IHRE REDAKTION

bedarf für die Pflege aus Mitteln der Rentenversicherung zu decken, wird die SPD nicht unterstützen, ignoriert er doch grundsätzliche Probleme der Rente, etwa die Altersarmut.“ Schwesig: „Ich fordere die Koalition auf, dieses unwürdige Theater zu beenden.“ **BS □**

## „Berlin verdankt ihm viel“

Glückwünsche für Klaus Schütz zum 85. Geburtstag

**Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, hat dem früheren Regierenden Bürgermeister und Stadtältesten von Berlin Klaus Schütz zum 85. Geburtstag gratuliert.**

„Berlin verdankt Klaus Schütz viel“, sagte Wowereit. „Sein Leben und Wirken ist untrennbar mit unserer Stadt verbunden. Er hat uns gezeigt, wie man sich in schwierigen Zeiten engagiert für Verständigung einsetzt und Vertrauen aufbaut. Besonders das deutsch-israelische Verhältnis lag und liegt ihm am Herzen. Er hat viel dafür getan. Wir freuen uns, dass Berlin, seine Bürgerinnen und Bürger mit Klaus Schütz einen guten Freund und erfahrenen Berater haben.“

Der am 17. September 1926 in Heidelberg geborene Klaus Schütz war vom 19. Oktober 1967 bis zum 2. Mai 1977 Regierender Bürgermeister von Berlin. **PM** □



Klaus Schütz am Vorabend seines 85. Geburtstages auf der Wahlkundgebung am Potsdamer Platz.

Foto: Horb

### Finanzpolitik:

## Festhalten an Steuergerechtigkeit

**Die SPD will das von Bundesfinanzminister Schäuble ausgehandelte Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz im Bundesrat zu Fall bringen.**

Die SPD wirft der Regierung vor, die Steuergerechtigkeit den Interessen der Schweizer Banken und ihren straffälligen deutschen Kunden zu opfern. Dies sei eine „Ohrfeige für alle Steuerehrlichen“.

Der Finanzexperte Poß bezeichnet das Abkommen als „Ablasshandel“, weil Steuerhinterzieher jetzt unter Zahlung eines pauschalierten Einmalbetrages Legalität geschenkt wird. Ausgerechnet die Schweizer Banken, die ihre Kunden bei der Steuerhinterziehung bisher unterstützt haben, sollen nun die pauschalierte Steuer mit strafbefreiender Wirkung festsetzen, einziehen und abführen. **PM/BS** □

## Gefühlte Gewinner und echte Verlierer

August Bebel Institut lud zur Wahlanalyse

**Berlin hat gewählt und das August Bebel Institut hatte wieder zu seiner traditionellen Wahlanalyse am Mittwoch nach der Wahl geladen. Bis auf den letzten Platz war dann auch die Galerie im Kurt-Schumacher-Haus besetzt.**

Wahl- und Partieforscher Prof. Dr. Oskar Niedermayer fasste die Ergebnisse gleich zu Beginn zusammen: gefühlter Gewinner die SPD, gefühlter Verlierer die Grünen, echte Verlierer die FDP und echte Gewinner Piraten.

Der bestimmende Faktor für die SPD zum dritten Mal stärkste Partei zu werden, sei der Kandidat gewesen. Bekanntheit und vor allem, dass die Berliner/innen der Ansicht sind, Klaus Wowereit passt am besten zu der Stadt, sind die entscheidenden Faktoren.

Rot-grün ist klar die Präferenz der Bürger/innen in der Stadt. Die Tatsache, dass sich 31% der Wähler/innen erst in den letzten beiden Tagen entschieden haben, hat der Piratenpartei genutzt. Sie ist erst in den letzten Wochen stärker medial in Erscheinung getreten, gehypt worden und ihr Abschneiden zeigt, dass der Wert "Transparenz in der Politik" eine hohe Bedeutung hat. Man müsse sich auf eine langfristige neue Kraft zumindest in Großstädten einrichten.

"Die SPD ist bestenfalls mit einem blauen Auge bei der Wahl davon gekommen. Wowereit hat die SPD vor einem noch größeren Desaster gerettet", begann der Politologe und ehemalige Bundestagsab-



Wahlanalyse: Prof. Dr. Oskar Niedermayer.



Prof. Dr. Nils Diederich beim ABl.

Fotos: Horb

geordnete Prof. Dr. Nils Diederich seine Thesen zur Wahl. Die Betrachtung der Landtagswahlen 2011 zeige, dass die SPD noch nicht aus dem Loch heraus ist, in das sie bei der Bundestagswahl gefallen ist.

Es gab drei Gewinner bei der Berliner Wahl: eine CDU, die gestärkt eine gute Ausgangsbasis für die nächste Wahl gelegt hat; die Grünen, deren Ergebnis durch Künast und Piraten weit hinter allen Erwartungen zurückblieb, und die Piraten, die Stimmen von allen Parteien links der Mitte gesammelt haben. Der Erfolg der Piraten ist auch ein Beleg, dass die junge Generation die Grünen inzwischen als "etablierte" Partei betrachten; die Zeit, als deren buntes Volk die Parlamente aufzumischen versuchte, ist endgültig vorbei.

Die Entscheidung von Wählern für die Piraten war spontan und spiegelt die Unzufriedenheit einer jungen Generation mit den bestehenden Parteien wider, ohne dass sich antidemokratische Tendenzen

zeigen. An eine langfristige neue parlamentarische Kraft glaubt Diederich nicht, aber er riet der SPD und den Jusos sich an die alte Doppelstrategie zu erinnern und stärker in den gesellschaftlichen Gruppen aktiv zu werden. **Ingo Siebert** □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin

**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

Ergebnisse:

# Der dritte Regierungsauftrag

SPD liegt klar vorn, Grüne unter Erwartungen, Piratenschiff überladen, FDP geht unter

**Die Berlinwahl hat die Parteienlandschaft verändert. Ob dauerhaft, wird sich erst noch zeigen. Denn auch der spezifische Berliner Wahlkampf und die Vorabberichterstattung über den klaren Gewinner Klaus Wowereit hatten wohl ihren Einfluss.**

Nach dem vorläufigen Endergebnis erreicht die SPD 28,3 Prozent (2006: 30,8), das ist das vierbeste Ergebnis seit 1990. Mit rund fünf Punkten Abstand folgt die CDU mit 23,4 Prozent, zwei Punkte mehr als vor fünf Jahren. Die Grünen erreichen 17,6 Prozent (2006: 13,1 Prozent). Die Linke kommt mit 11,7 Prozent nur noch auf Rang vier. Die Piratenpartei schafft auf Anhieb mit 8,9 Prozent der Stimmen den Einzug ins Abgeordnetenhaus. Die FDP gewinnt das Kopf-an-Kopf-Rennen mit der Tierschutzpartei (1,4 Prozent) mit 1,8 Prozent, landet aber hinter der rechtsextremen NPD, die ein halbes Prozent verliert und auf 2,1 Prozent kommt. 2006 hatte die FDP 7,6 Prozent erzielt.

Ihm wäre ein Ergebnis über 30 Prozent wesentlich sympathischer gewesen, gab Klaus Wowereit zu. Aber: Zum dritten Mal in Folge hat es die SPD geschafft, stärkste Kraft im Berliner Abgeordnetenhaus zu werden. Und sie wird erneut als einzige Partei in beiden Stadthälften nahezu gleich stark, ist damit weiterhin die einzige „Berlin-Partei“. Insgesamt erhält die SPD 413.124 Zweitstimmen, das sind 10.930 weniger als vor fünf Jahren, aber 65.000 mehr als bei der Bundestagswahl 2009. Beim Erststimmenergebnis erreicht die SPD 453.477 (-12.524) Stimmen.

Die Infratest dimap-Wählerwanderung weist für die SPD bei leicht gestiegener Wahlbeteiligung Abwanderungen an die Grünen (-18.000), an die Piraten (-14.000) und an die CDU (-12.000) aus. Zusätzlich verliert sie durch den Generationenwechsel rund 13.000 Stimmen. Dagegen kommt viel Zustimmung zur SPD aus dem Kreis der Neuberliner (+31.000). Das ZDF sieht die SPD bei den Wählerinnen (30 Prozent) etwas deutlicher vor allen anderen Parteien als bei den männlichen Wählern (27 Prozent). Bei den über sechzigjährigen Wählerinnen und Wählern erreicht die SPD mit 34 Prozent den besten Wert, die Altersgruppe der 30- bis 44jährigen ist mit 25 Prozent am zurückhaltendsten. Allerdings liegt sie in allen Altersgruppen vor der CDU, die nur bei den älteren Wählerinnen und Wählern punkten kann.

Bei Rentnern, formal einfach Gebildeten, Arbeiter, bei Gewerkschaftsmitgliedern



Wahlparty: Sigmar Gabriel, Klaus Wowereit, Jörn Kubicki. Foto: Karin Brigitte Mademann

und in der - nicht allzu großen - Gruppe der Wähler muslimischen Glaubens erreicht die SPD ihre besten Ergebnisse.

Für viele Berlinerinnen und Berliner war es - wie schon 2006 - eine Persönlichkeitswahl: Ein Drittel der SPD-Stimmen stammte von Wählern, denen der Kandidat beim Urnengang am wichtigsten war. Für vier von zehn war wie 2006 das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Partei am wichtigsten. Ein knappes Viertel der SPD-Wähler wurde durch die Parteibindung zum Wahlgang motiviert.

## VERÄNDERUNG DER PARTEIENLANDSCHAFT

Die Parteienlandschaft ist in Veränderung begriffen - wie sehr, das lässt sich auch aus einigen Ergebnissen ablesen.

Die FDP kommt nicht wieder ins Abgeordnetenhaus, sie ist aber auch in keinem Bezirksparlament mehr vertreten. In keiner Bevölkerungsgruppe kommt sie über 5 Prozent. Überdurchschnittlich verliert sie bei den Selbständigen, was Rückschlüsse auf die Bewertung ihrer Arbeit im Bundeskabinett zulässt. Zu einem Drittel ist bei den Wählern noch die Parteibindung ausschlaggebend. Die setzt die derzeitige FDP-Führung gerade aufs Spiel - mit ihrem rechtspopulistischen Kurs in der Europapolitik. Die CDU hat von diesem Reservoir profitiert - allerdings nur bedingt.

Für die Linkspartei ist nicht nur der Verlust von knapp zwei Prozent bitter. In den westlichen Bezirken erreicht sie nur 4,3 Pro-

zent. In den östlichen Bezirken liegt sie mit rund 22 Prozent jetzt klar hinter der SPD. Ihre besten Resultate erzielt die Linkspartei bei Rentnern, Arbeitslosen und Arbeitern sowie bei Gewerkschaftsmitgliedern, also genau den Gruppen, in denen auch die SPD stark ist. Nur bei den über 45jährigen ist die Linkspartei noch zweistellig - die Jugend erreicht sie nicht. Meinungsforscher errechneten daraus Salden: Unter dem Strich gingen der Linkspartei 11.000 Wähler mehr durch Tod verloren als sie bei Jungwählern gewinnen konnte. Und offenbar kam ein Teil der Wähler auch mit den zwei Gesichtern der Partei nicht klar: Tritt sie bei Bundestagswahlen lautstark als Protestpartei auf, so hat sie in der Alltagsarbeit im Senat eher geräuschlos und pragmatisch gearbeitet. Und während sie sich in Berlin als Partei zeigt, die Lehren aus der Geschichte gezogen hat, wirkt sie auf Bundesebene rückwärtsgewandt und demokratiefeindlich.

Ihr Umfragehoch von 30 Prozent haben die Grünen deutlich verfehlt. Das hat nicht nur damit zu tun, dass die Atomfrage an Aktualität verloren hat. Neben dem Auftreten der Spitzenkandidatin haben auch ihre politischen Wendungen die Wähler vertrieben. Angetreten war sie mit dem Vorhaben, den Regierenden Bürgermeister abzulösen und selbst an der Spitze von grün-rot die Stadt zu führen. Dann wollte sie nur noch den Regierenden Bürgermeister ablösen - rechnerisch war das nur mit der CDU möglich. Dem entsprach auch die gegen die SPD gerichtete Wahlkampfplanung. Mit der Wendung eine Woche vor der Wahl, kein grün-schwarzes Bündnis mehr empfehlen zu wollen, entsprach sie zwar der Stimmung in ihrer Partei und reagierte auf die fallenden Umfrageergebnisse, aber sie ließ die Wähler orientierungslos zurück. Folge: Die Konstellation Rot-grün wurde von mehr Wählern gewünscht als nachher gewählt.

Ein Duell gab es nun nicht mehr. In dieser Phase - wenige Tage vor dem Wahltag - vermeldeten die Medien den unausweichlichen Erfolg Klaus Wowereits und zugleich den voraussichtlichen Einzug der Piraten ins Parlament. Zu den netzinteressierten Wählern gesellten sich wohl fortan auch jene, die den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit bereits sicher gewählt glaubten und deshalb ihre Stimme anders einsetzen wollten: Zum Beispiel, um die Parteirituale aufzumischen und Leben ins Parlament zu bringen. Die Folgen baden die Piraten jetzt aus: Sie haben gar nicht genug Personal. **Ulrich Horb** □

Bezirksergebnisse:

# Aufwind im Kiez

## Regionale Unterschiede und persönliche Erfolge

**Ein Blick in die Bezirks- und Einzelergebnisse zeigt starke regionale Unterschiede - und neue Möglichkeiten.**

Mit 28,9 % erreichte die SPD bei den Bezirkswahlen die meisten Stimmen. Strahlender Gewinner ist Heinz Buschkowsky. Als bekanntester Bezirksbürgermeister konnte er einen sehr persönlichen Wahlkampf führen. Das Ergebnis: In der BVV verbesserte die SPD ihr Ergebnis von 2006 um 8,2 Prozentpunkte und ist mit 42,8 % deutlich die stärkste Partei. Weit dahinter landete die CDU (20,4 %) mit einem Verlust von 8,8 Prozentpunkten. Die SPD Neukölln kommt jetzt auf 27 Sitze, einen weniger als die absolute Mehrheit. Im neuen Bezirksamt stellt die SPD drei Stadträte, CDU und Grüne jeweils einen.

Zulegen auf Bezirksebene konnte die SPD auch in Spandau (plus 1 Prozent) sowie in Lichtenberg (plus 0,4 Prozent). In Marzahn-Hellersdorf konnte die SPD ihr Ergebnis um 1,4 Prozentpunkte auf 26,4 % steigern, während die Linke Verluste in Höhe von 7,0 Prozentpunkten hinnehmen musste und auf 31,2 % kommt. Auch hier sind neue Mehrheiten an der Spitze des Bezirksamts denkbar. In Charlottenburg-Wilmersdorf musste die SPD (28,8 % ihren Platz als stärkste Partei an die CDU mit 30,1 % abtreten. Die SPD verlor gegenüber 2006 5,1 Prozentpunkte.

### PERSÖNLICHE ENTSCHEIDUNGEN

Bei den Direktkandidaten gab es in einigen Wahlkreisen erkennbar persönliche Zugewinne.

Der Schöneberger Direktkandidat Lars Oberg, der keine Listenabsicherung hatte, gewann seinen Wahlkreis mit einem Erststimmenergebnis, das 10,5 Prozent über dem der Zweitstimmen für die SPD lag. Das



Heinz Buschkowsky: Es geht nur aufwärts.

ist landesweit die zweihöchste Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen (die höchste mit 11 Prozent hat der CDU-Politiker Mario Czaja in Marzahn-Hellersdorf). Deutlich über den Zweitstimmen liegen bei der SPD auch Daniel Buchholz (plus 7,8 Prozent), Thomas Kleineidam (plus 6,2), Michael Müller (plus 5,7), Dilek Kolat (plus 5,4) und Renate Harant (plus 4,7). Einen Verlust von 8,1 Prozent bei den Erststimmen musste Annette Fugmann-Heesing im Schöneberger Wahlkreis 1 hinnehmen, die SPD verlor dort bei den Zweitstimmen 4,5 Prozent. Das knappste Erststimmen-Ergebnis gab es im Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf 2, wo dem Sozialdemokraten Rolf Wiegand - den ersten Zählungen zufolge - zehn Stimmen zum Gewinn fehlten.

Eine am Dienstag bekanntgewordene Panne in einem Lichtenberger Stimmbezirk ändert die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses noch einmal gegenüber dem vorläufigen Ergebnis. Durch die vertauschten Ergebnisse für Grüne und Linke verliert Karin Seidel-Kalmutzki offenbar das Direktmandat. Da es ein Überhangmandat war, verlieren auch Grüne und Linke je ein Mandat, so dass es 149 Sitze im Abgeordnetenhaus geben wird. **uh** □

## SPD-Fraktion: Gute Mischung

**Die neue Fraktion wird eine gute Mischung aus „Neuen“ und „Erfahrenen“ sein, für frischen Wind und für Kontinuität in der parlamentarischen Arbeit ist so gesorgt. 31 Abgeordnete sind bereits vorher Mitglied der Fraktion gewesen, 16 Abgeordnete werden ihr zum ersten Mal angehören.**

Die „Neuen“ sind: Franziska Becker (Charlottenburg-Wilmersdorf, Direktmandat), Dennis Buchner (Pankow, Direktmandat), Dr. Ina Czyborra (Steglitz-Zehlendorf), Björn Eggert (Friedrichshain-Kreuzberg), Sven Heinemann (Friedrichshain-Kreuzberg), Thorsten Karge (Reinickendorf), Nikolaus Karsten (Pankow, Direktmandat), Irene Köhne (Steglitz-Zehlendorf), Ole Kreins (Lichtenberg, Direktmandat), Joschka Langenbrinck (Neukölln, Direktmandat), Alex Lubawinski (Pankow, Direktmandat), Ilkin Özisik (Mitte, Direktmandat), Erol Özkaraca (Neukölln), Reimund Peter (Lichtenberg, Direktmandat), Frédéric Verrycken (Charlottenburg-Wilmersdorf, Direktmandat) und Clara West (Pankow, Direktmandat).

Wieder mit dabei sind: Daniel Buchholz, Dr. Michael Arndt, Dr. Susanne Kitchschun, Kirsten Flesch, Renate Harrant, Ellen Haußdorfer, Thomas Isenberg, Frank Jahnke, Andy Jauch, Thomas Kleineidam, Sven Kohlmeier, Dilek Kolat, Andreas Kugler, Brigitte Lange, Rainer-Michael Lehmann, Birgit Monteiro, Michael Müller, Karlheinz Nolte, Lars Oberg, Liane Ollech, Ülker Radziwill, Raed Saleh, Robert Schaddach, Sandra Scheeres, Torsten Schneider, Tom Schreiber, Iris Spranger, Jörg Strödter, Ralf Wieland, Bruni Wildenhein-Lauterbach und Frank Zimmermann. **cs** □

**Die SPD-Fraktion wird in der kommenden Legislaturperiode 47 Sitze im Abgeordnetenhaus haben.** 34 Abgeordnete sind direkt gewählt worden, 13 Abgeordnete ziehen über die Liste ins Parlament ein. Die SPD hat von allen Parteien die höchste Zahl der Direktmandate erungen. In Treptow-Köpenick sind alle 6 Direktmandate an die SPD gegangen. Daniel Buchholz aus Spandau war mit 41,8 Prozent der erfolgreichste Direktkandidat der SPD.

Insgesamt 16 weibliche Abgeordnete sind in der neuen Fraktion vertreten, was einem Frauenanteil von rund 35 Prozent

### FRAKTION INTERN

entspricht. Der Anteil der Abgeordneten mit Migrationshintergrund - Dilek Kolat, Ilkin Özisik, Erol Özkaraca, Ülker Radziwill, Raed Saleh - beträgt rund 10 Prozent. Jüngster Abgeordneter ist mit 26 Jahren Joschka Langenbrinck aus Neukölln, der ein Direktmandat errang.

Das Durchschnittsalter der Fraktion liegt bei 45 Jahren. Dienstältester Abgeordneter der Fraktion ist Karlheinz Nolte aus Treptow-Köpenick, der für die SPD in seine

sechste Legislaturperiode im Abgeordnetenhaus geht. 26 Abgeordnete kommen aus den westlichen Bezirken der Stadt (rund 55 Prozent), 21 aus den östlichen (rund 45 Prozent).

Das neue Landesparlament konstituiert sich in der Plenarsitzung am 27. Oktober 2011.

Die Mitglieder der alten und der neuen SPD-Fraktion haben sich bereits am 20. September zu einer gemeinsamen Sitzung im Abgeordnetenhaus getroffen. Die Vorabkonstituierung der neuen Fraktion hat am 22. September stattgefunden. **cs** □

Abgeordnetenhaus:

# Zu neuen Ufern

## Über Piratenpartei, SPD und die digitale Gesellschaft

**Am Sonntag zog die Piratenpartei mit 8,9 Prozent ins Berliner Abgeordnetenhaus und zog dabei nicht nur viele Wähler aus dem linken Lager zu sich, sondern veranschaulichte auch deutlich, dass die Internet-Generation in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Die Themen der Netzpolitik und digitalen Gesellschaft werden somit wichtig für einen Wahlerfolg. Welche Lehren kann dabei die SPD ziehen?**

Es ist geschehen. Der zuvor prognostizierte Wahlerfolg der Piratenpartei war nicht nur geglückt sondern übertraf alle Erwartungen: Mit insgesamt 15 Parlamentariern werden nun die Piraten in den nächsten fünf Jahren die Arbeit des Abgeordnetenhauses begleiten. Darauf muss sich die Berliner Politik einstellen und einige Fragen für sich selbst beantworten.

Um den Erfolg der Piraten zu erklären muss zunächst ein Blick in die Wahlanalysen geworfen werden. Dabei sollte man sich wohl zuerst von der klischeehaften Vorstellungen von Nerds und Systemadministratoren als Piratenparteiwählern verabschieden. Damit wird man den knapp 130.000 Wählerinnen und Wählern nicht gerecht. Die Wähler stammen aus der Mitte der Gesellschaft.

Zwar sind viele Wähler vergleichsweise jung (18-24: 16% / 25-34: 17%), doch konnten die Piraten auch viele aus den mittleren Jahrgängen (35-44: 10% / 45-59: 9%) für sich gewinnen. Die stärksten Bezirke der Piratenpartei sind zwar Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Pankow, doch nur in einem einzigen Wahlkreis konnten sie die 5%-Hürde nicht überwinden. Die Piratenwähler sind durchschnittlich gut gebildet und sind Selbstständig (14%), Arbeitslos (13%), Arbeiter (11%) und Angestellte (10%).

### PROTESTPARTEI?

Doch warum wählten gerade diese Menschen die Piraten? Für Prof. Dr. Christoph Bieber kann nur ein Teil als klassische Protestwähler verstanden werden, die sich durch das Establishment nicht vertreten fühlen: „Durch die Darstellung der Piraten in den letzten Wochen, als tendenziell linke Partei, wurden sie für viele als wählbare Alternative wahrgenommen.“ Christoph Bieber ist Politikwissenschaftler, beschäftigt seit vielen Jahren mit „Internet und Politik“ und ist selbst Mitglied im Gesprächskreis Netzpolitik des SPD-Parteivorstandes.

„Für fünf bis sechs Prozent der Piratenwähler wird die Netzpolitik ein wichtiger Wahlgrund gewesen sein.“ schätzt Prof.

#### Eine Pressekonferenz fand statt.

Publiziert am 18. September 2011 von dpa

Am Montag, den 19.09.2011 um 12Uhr fand also die erste Pressekonferenz der frisch gewählten Piraten im Abgeordnetenhaus statt.

Die Resonanz der Presse war gewaltig und auch die Anzahl der Medienberichte, Interviews und Fotos sprach für sich. Hier verlinkt ist außerdem die Audioaufzeichnung der kompletten PK damit ihr Euch selbst ein "Bild" machen könnt.

Pressekonferenz 20110919

Dieser Artikel wurde leider durch einen technischen Fehler vorschnell veröffentlicht, wir bitten dies zu entschuldigen.

Veröffentlicht unter Allgemein | Verschlagwortet mit Aufzeichnungen, Pressekonferenz | 8 Kommentare

#### Wir bedanken uns!

Publiziert am 18. September 2011 von dpa

Webseite der Piratenfraktion: *Zu schnell fürs Netz.*

Bieber. Dabei kommen gerade in Berlin einige Sondereffekte hinzu: Die Bürger sind durch die große Vielzahl an Internet-Firmen, Veranstaltungen (z.B. der re:publica) und netzpolitischen Debatten (z.B. in der Internet-Enquete im Bundestag) viel näher am Thema dran, als vergleichsweise in anderen Bundesländern.

### NETZPOLITIKER IN DER SPD BERLIN

Daher müsse die Netzpolitik aus ihrem Nischendasein befreit und stärker in den innerparteilichen Strukturen verankert werden, empfiehlt Bieber. „Digitales Leben muss als Querschnittsthema in der Berliner SPD breit diskutiert werden, es geht alle an“, erklärt Jonas Westphal vom Forum Netzpolitik der SPD Berlin. Die Gruppe der Netzpolitiker in Berlin arbeitet seit über zwei Jahren kontinuierlich zu den vielfältigsten Themen einer immer stärker digitalisierten Gesellschaft. Er würde sich dabei aber eine stärkere Vernetzung zum Thema Digitalisierung in der SPD wünschen.

### DIE THEMEN SIND VIELFÄLTIG

Wenn man Jonas Westphal danach fragt was denn für Themen derzeit wichtig wären, muss man ihn irgendwann bremsen und erhält gleichzeitig einen guten Eindruck davon, wie sehr unser Leben digital geworden ist. „Das fängt natürlich bei so klassischen Themen an, wie dem Ablehnen von Netzsperrern, Filtersystem und Überwachungstechnologien. Dort hört es allerdings nicht auf.“

So sind die Themen Jugend-, Verbraucher-, und Datenschutz auch auf Landesebene wichtig und gestaltbar und müssen dringend an die digitale Welt angepasst werden. Das sich in Berlin gebildete europäische Zentrum der Start-Up- und Web-

Szene muss mehr gefördert werden. An den Schulen müssen Medienkompetenz und Informatik eine größere Rolle spielen, damit alle Menschen selbstbestimmt das Netz für sich nutzen können. Außerdem müsse sich die SPD mehr Gedanken über die digitale Teilhabe machen: „Heutzutage braucht jeder einen Netzanschluss und einen internetfähigen Computer, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, Arbeit zu finden und Behördengänge zu erledigen“, erklärt Westphal.

### TRANSPARENZ UND PARTIZIPATION

Zudem müssen Abgeordnetenhaus, Senat und selbst die SPD transparenter und offener werden, um das Vertrauen der Bürger zu stärken und um effektiver zu arbeiten. Darum müsse nicht nur die Open Data Initiative Berlins weiter ausgebaut, sondern die Idee der Transparenz in alle Gremien getragen werden: Vom Livestream bis zur Veröffentlichung von Dokumenten. Genauso müsse geprüft werden, in wie weit die Bürger über das Internet stärker am Gesetzgebungsprozess beteiligt werden können.

Auf die Frage was Prof. Bieber für die nächste Legislaturperiode der SPD Fraktion empfehlen würde, sprach er sich gegen einen Konfrontationskurs aus. „Man sollte lieber eine offene, kooperative Arbeitsform finden, die beiden Seiten nützen kann.“ Das Forum Netzpolitik empfiehlt, so Jonas Westphal, die digitalen Themen zentral zu koordinieren sowie die Digitalisierung als zentrales gesellschaftliches Thema ins Abgeordnetenhaus und in den SPD-Landeverband hineinzutragen.

### ZU NEUEN UERN

Das Internet ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen: Es ist für viele Menschen selbstverständlich, das Netz in verschiedenster Weise täglich zu nutzen. Und so ist es auch verständlich, dass für viele Wähler diese Themen wahlentscheidend geworden ist. Die SPD darf dabei diese Menschen nicht aufgeben und muss verinnerlichen, dass die Möglichkeiten des Netzes die grundlegenden Ziele der Sozialdemokratie weiter voran bringen als jede andere soziale Innovation im 20. Jahrhundert. Das Netz hat eine enorme emanzipatorische Wirkung, es ermöglicht Wissen für alle, Produktionsgüter zu extrem geringen Kosten und direkte, grenzenlose Kommunikation. Die SPD muss diese neuen Ufer der Gesellschaft endlich erreichen und für sich nutzbar machen. **Markus Winkler** □

Der Autor ist Mitglied des Forum Netzpolitik der SPD Berlin und twittert bundesweit für @spd\_netzpolitik (twitter.com/spd\_netzpolitik).

## NOTIZEN AUS DER SPD

**Mitgliederforum.** Die Berliner SPD lädt ihre Mitglieder am 27. September zu einem Mitgliederforum in das Willy-Brandt-Haus. Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller berichtet über „Berlin nach der Wahl“ und die Eindrücke aus den Sondierungsgesprächen, die bis dahin stattgefunden haben. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles stellt sich der Diskussion zur Parteireform.

BS □

➔ Mitgliederforum der Berliner SPD, 27. September, 18.30 Uhr (Einlass 18.00 Uhr), Willy-Brandt-Haus, Atrium, Wilhelmstr. 140/141, 10963 Berlin. Anmeldung unter 4692 222 oder im Internet: [www.spd-berlin.de/mitgliederforum](http://www.spd-berlin.de/mitgliederforum).

**50-Prozent-Quote.** Der SPD-Landesvorstand hat am Montag mit Mehrheit einen Antrag der AG Geschlechtergerechtigkeit der Berliner SPD angenommen, der eine Geschlechterquote von 50 Prozent in den SPD-Gremien fordert. Dazu werden eine Reihe von Änderungen zum Statut vorgeschlagen. Der Antrag soll auf dem SPD-Bundesparteitag vorgelegt werden. Bisher gilt eine 40-Prozent-Quote.

**Willy-Brandt-Preis.** Erster Träger des neu geschaffenen Internationalen Willy-Brandt-Preises wird Daniel Barenboim. Mit dem Preis würdigt der SPD-Parteivorstand Barenboims Engagement für die Völkerverständigung im Geiste Willy Brandts. Sigmund Gabriel wird den mit 25.000 Euro dotierten Preis am 25. Oktober 2011 im Rahmen einer Festveranstaltung im Willy-Brandt-Haus übergeben.

Auf Vorschlag der Jury wird in diesem Jahr außerdem ein Sonderpreis für besonderen politischen Mut vergeben. Dieser Preis geht an die ägyptische Regisseurin Laila Solimann, die in ihren Theaterstücken die Revolution in Ägypten thematisiert.

Herr Barenboim und Frau Soliman werden den Preis persönlich entgegennehmen. Der diesjährige Sonderpreis ist mit 3.000 Euro dotiert.

Der Internationale Willy-Brandt-Preis wurde in diesem Jahr anlässlich des 40. Jahrestags von Willy Brandts Kniefall in Warschau ins Leben gerufen. Der Preis soll an den ehemaligen SPD-Vorsitzenden und Deutschen Bundeskanzler erinnern und Personen oder Organisationen auszeichnen, die in besonderer Weise für internationale Verständigung eintreten. Der Jury, die dem SPD-Parteivorstand den oder die Preisträger vorschlägt, sitzt Egon Bahr vor. Weitere Mitglieder sind Doris Schröder-Köpf, Michael Frenzel, Christine Hohmann-Dennhard, Miriam Meckel und Eberhard Sandschneider.

Trauer:

# Die Partei verändert

## Ika Klar ist im Alter von 88 Jahren verstorben

**Im Alter von 88 Jahren ist am 8. September die frühere stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Ika Klar in Feldberg verstorben.**

Der Landesparteitag Anfang Juni 1982 führte zum Eklat. In ihrer Eingangsrede stellte die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Ika Klar fest, Frauen seien in der Berliner SPD eine „ungeliebte Minderheit“. Es gab zu diesem Zeitpunkt keine weibliche Kreisvorsitzende, zwei Frauen gehörten dem 38köpfigen Landesvorstand an. Ika Klar forderte die Beteiligung ein. „Am nächsten Tag wurde dann erst einmal die einzige Frau im Geschäftsführenden Landesvorstand der Berliner SPD abgewählt...“ berichtet die BERLINER STIMME. Das war Ika Klar. Allerdings fehlten ihr auch Stimmen von weiblichen Delegierten, die sich lieber an ihre Flügelabsprachen hielten. Ika Klar wurde dann - nach Sitzungsunterbrechung und Aufstockung der Stellvertreterzahl auf vier - mit 189 Stimmen doch noch gewählt. Ihr Engagement hat die Partei verändert.

Ika Klar, geb. im Dez. 1922, studierte Psychologie, Geschichte, Politik, Germanistik und Pädagogik. Beruflich war sie zunächst Journalistin und dann in der Lehre tätig und leitete als Studiendirektorin bis zu ihrer Pensionierung das Pestalozzi-Fröbel-Haus (Fachschule für Sozialpädagogik/Erzieherinnen-Fachschule). „Ihr Wissen und ihre Erfahrung“, erinnert sich die frühere ASF-Vorsitzende Anna Damrat, „setzte sie, wie ich sie kenne, besonders für Frauen ein. Während des ersten rot-grünen Berliner „Frausenats“ 1989/90 nahm sie noch einmal ihre Berufstätigkeit auf und wurde persönliche Referentin von Frauensenatorin Anne Klein.“

Ihr beruflicher Werdegang zeige, so Anna Damrat, durchaus eine recht weibliche Zuordnung, ihr Streben war aber insbesondere auf beruflichen Werdegang, Selbständigkeit und eben Emanzipation ausgerichtet, also fern der konservativen Rollenzuordnung.

Ika Klar beteiligte sich an den Aktionen gegen § 218 StGB, von Beginn an war sie als aktive und überzeugte Sozialdemokratin am Aufbau der Berliner ASF (1972/73) beteiligt. Daneben war sie von 1980 bis 1990 Vorsitzende im Berliner Frauenbund von 1945 e.V., der Nachfolgeorganisation des 1894 gegr. „Bundes Deutscher Frauenvereine“, wo sie zusammen mit anderen Frauen die „traditionelle“ Frauenbewegung an die „neue Frauenbewegung“ der 70er Jahre heranführte, die ebenfalls von Arbeit und Themenstellung her gerade auch die beruf-



Berliner Stimme vom Juni 1982: Zeitungsaurriss  
Foto: BS

liche Emanzipation und Gleichstellung zum Thema hatte. Sie engagierte sich für Projekte wie Großeltern-Betreuungshilfen für die Kinder von Alleinerziehenden ebenso wie für Fortbildungskurse in der Computertechnik.

Ohne Erfolg kandidierte Ika Klar in Wilmersdorf für das Abgeordnetenhaus. Ihre Arbeit aber wurde gewürdigt: Das Bundesverdienstkreuz bekam sie für die Arbeit an der Verbesserung der Haftbedingungen in Berliner Vollzugsanstalten. Die Wilmersdorfer Bürgermedaille wurde ihr für soziales Engagement in der Frauenpolitik und im Strafvollzug verliehen. Den Preis für „Die besondere Frau“ erhielt sie als Vorsitzende des „Berliner Vollzugsbeirates“, der nach der Familienphase die erfolgreiche Rückkehr an den Arbeitsplatz durchführt.

Zuletzt lebte Ika Klar zusammen mit ihrem Mann Claus Klar in der Prignitz auf dem Lande und widmete sich dort mit viel Liebe der Aufzucht von Pferden. BS □

## Einwanderungspolitik auf dem Prüfstand

**Der Fachausschuss Europa diskutiert die EU-Einwanderungspolitik und ihre aktuellen Herausforderungen.**

Gezielte Migration ist für die wirtschaftliche und demographische Entwicklung Europas unverzichtbar. Einwanderung von qualifizierten Arbeitskräften soll erleichtert werden. Zum anderen muss die EU einen Weg finden mit den derzeitigen Flüchtlingsströmen aus den Krisenregionen des südlichen Mittelmeerraums umzugehen. Seit Januar sind allein an den Küsten Italiens mehr als 42.000 Immigranten angekommen. Eingeladen ist Dr. Mechthild Baumann, Leiterin des Instituts für Migrations- und Sicherheitsstudien (IMSS).

➔ Dienstag, 27. September 2011, um 19 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

Parteireform:

# Viele Hürden für das Engagement

Julia Maas und Nancy Haupt: Wie wird die Partei für junge Frauen attraktiver?

**Die SPD muss für junge Frauen wieder attraktiver werden, denn sie sind unverzichtbar für gute politische Arbeit. Nancy Haupt und Julia Maas schreiben in ihrem Beitrag, was sich im Zuge der Parteireform ändern sollte, um wieder mehr Frauen für ein Engagement in der SPD zu gewinnen.**

Junge Frauen können heute aus vielen verschiedenen Lebensmodellen wählen. Sie stehen damit aber auch vor neuen Herausforderungen: Durch die längere Dauer von Ausbildung und Studium ergibt sich ein späterer Einstieg ins Erwerbsleben. Zu diesem Zeitpunkt gründen viele außerdem einen eigenen Haushalt oder eine Familie. In dieser Lebensphase können mehrere Dinge verunsichernd wirken: befristete berufliche Anstellungen, unzureichende ökonomische Sicherheit oder Schwierigkeiten bei der Partnersuche.

Trotzdem sind junge Frauen am politischen Geschehen interessiert und engagieren sich. Vor allem dann, wenn etwas ihr unmittelbares Lebensumfeld betrifft, wie zum Beispiel weibliche Stereotype, die sie überwinden wollen. Junge Frauen integrieren heute selbstverständlich berufliche Verwirklichung und privates Glück in ihre Lebensentwürfe. Daraus entstehen neue und moderne Frauenbilder, die in der Gesellschaft etabliert und anerkannt werden sollten. Doch die Konsequenzen, die sich aus diesen Lebensentwürfen ergeben, tragen junge Frauen noch weitgehend alleine. Wer vertritt die Anliegen dieser Frauen?

In der politischen Landschaft sind Politikerinnen, die verschiedene Rollenbilder repräsentieren bisher kaum vertreten. Die weitestgehende Abwesenheit von Politikerinnen mit Kindern scheint zu bestätigen, dass Karriere plus Familie plus politisches Engagement nicht funktionieren kann. Doch stimmt das? Ist das politische Geschäft unvereinbar mit den Lebenssituationen junger Frauen?

## ANDERE POLITISCHE THEMENSETZUNG

Frauen haben ein anderes Verhältnis zu Politik. Ihnen wird eine gewisse Distanz zur institutionalisierten Politik und eine andere Themensetzung nachgesagt. Das könnte ein weiterer Grund dafür sein, dass sich Frauen inhaltlich wenig mit der Politik der Parteien identifizieren. Weibliche Vorbilder in der Politik ziehen junge Frauen an und zeigen, dass es möglich ist, mitzumischen. Die Abwesenheit von Frauen wirkt sich deshalb doppelt negativ auf die Prä-



Julia Maas und Nancy Haupt: Vorschläge gegen Politikverdrossenheit.

Fotos: privat

senz junger Frauen in Parlamenten aus. Jungen Frauen leiden nicht unter politischem Desinteresse oder Politikverdrossenheit, sondern unter Parteienverdrossenheit. Das sind keine neuen Erkenntnisse, sondern Fakten, die schon seit längerem bekannt sind. Deshalb sollte man danach fragen, wann Partei-Kultur für junge Frauen attraktiv ist und wie man parteipolitische Mitwirkung junger Frauen besser anregen kann.

## TEIL DER GEMEINSCHAFT

Eine Antwort auf diese Frage könnte – bezogen auf die SPD – die lange Tradition der Volkspartei sein. Die Worte „Partei-Kultur“ oder „Partei-Leben“ geben den entscheidenden Hinweis. Sozialdemokratin zu sein, bedeutet für viele nicht nur politische Anliegen gemeinsam mit Gleichgesinnten zu vertreten, sondern auch Teil einer Gemeinschaft zu sein, mit der man wichtige Ansichten und Einstellungen teilt. Das Zusammensein mit den anderen Parteimitgliedern hat einen politischen Zweck und ist Freizeitinhalt zugleich. Diese Art des Parteilebens ist wichtig. Es erhält die SPD und führt zu einer starken Verankerung im sozialen Umfeld des Ortsvereins. Dennoch scheint diese Art der politischen Arbeit kaum bei der Zielgruppe der jungen Frauen anzukommen. Gründe dafür sind Zeitmangel, häufige Wohnortwechsel, die damit einhergehende sinkende Verbundenheit zum Ort und schlicht die Frage nach dem Nutzen von parteipolischem Engagement.

Eine von Männern geprägte Debatten- und Anwesenheitskultur stellt Hürden für das Engagement von Frauen dar. Um politisch erfolgreich zu sein, müssen sich engagierte junge Frauen bislang an männlich geprägten Handlungs- und Kommunikati-

onsmustern orientieren. Für junge Frauen bedeutet politisches Engagement einen Beitrag zu leisten, der nicht nach Quantität und ständiger Präsenz beurteilt wird, sondern nach Inhalt und Qualität. Dazu braucht es jedoch eine moderne und kreative Arbeitskultur, in der politische Partizipation im Einklang mit Beruf und Privatem steht. Wichtig ist das Arbeitsergebnis, nicht die Ausdauer.

## ABSCHRECKENDER PARTEIHABITUS

Auch der Parteihabitus hat auf viele junge Frauen eine eher abschreckende Wirkung. Innerhalb von Partei und Politik herrscht ein anderer Umgang mit Selbstdarstellung, Ehrgeiz oder Konfliktbeziehungswiese Konkurrenzverhalten. Auch hier orientieren sich Umgangsformen eher an Männern. Sollten sich Frauen hier einfach anpassen?

Politik zu gestalten heißt, Verantwortung zu übernehmen. Von Frauen werden die nötige Courage und das entsprechende Selbstvertrauen erwartet, doch dazu muss sich die SPD erst öffnen. Um die SPD zu einem Ort von und für junge Frauen zu machen, müssen neue und offene Strukturen in der SPD verankert werden und nach außen sichtbar sein. Junge Frauen müssen die Möglichkeit erhalten ihre eigenen Themen einzubringen. Sie sollten zudem an den verschiedensten Orten und auf allen Ebenen der Partei wirken, damit ihre Kompetenzen und Anliegen voll zur Geltung kommen – ohne dafür vorher jahrelang die sogenannte „Ochsentour“ mitmachen zu müssen. Denn diese ist unattraktiv, unzeitgemäß und ineffektiv.

Wir brauchen moderne und aufgeschlossene Angebote. Angebote, die alte verkr-

**Fortsetzung Seite 8**

**Fortsetzung von Seite 7**

stete Strukturen und Traditionen aufbrechen, um Neues zuzulassen.

**PROJEKTE FÜR JUNGE FRAUEN**

Ein Beispiel hierfür ist das Barcamp Frauen, das in diesem Jahr zum zweiten Mal unter dem Motto „Was wollt ihr eigentlich?“ stattfinden wird. Ziel des offenen Veranstaltungstyps „Barcamp“ ist es, junge Menschen mit Politik, Gewerkschaften und Medien ins Gespräch zu bringen. Das Barcamp Frauen versteht sich als Ideen- und Debattenplattform, auf der neue Diskussionen angestoßen und laufende Diskurse zusammengeführt werden. Neue politische Ansätze werden entwickelt und sollen in die Arbeit und Programme der Partei einfließen.

Auf den Barcamps werden außerdem neue Netzwerke geknüpft. Frauen und Männer aus unterschiedlichen Lebenssituationen und verschiedenen Lebensphasen kommen mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen. Die Diskussion miteinander steht im Mittelpunkt. Es gibt keine großen Podien, sondern unterschiedliche Workshops, die eine kreative Atmosphäre bieten. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind an der Gestaltung des Programms beteiligt. Neue moderne Kooperationen mit Medienpartnern wie der Mädchenmannschaft, dem Missy Magazine, Gazelle und dem Freitag sind gewinnbringend und sprechen die richtigen und vor allem neue Zielgruppen an.

Neue Angebote vor Ort, die sich speziell an junge Frauen wenden, spielen eine immer größere Rolle und sollten nicht als Konkurrenz, sondern als Bereicherung gesehen werden. So gibt es deutschlandweit Netzwerktreffen von jungen Frauen, wie zum Beispiel der Rote Salon in Berlin und Bonn, das Frauennetzwerk Pollys in Köln

oder das junge Frauennetzwerk Mannheim. Diese sind ein klarer Beweis dafür, dass sich junge Frauen politisch interessieren und engagieren wollen.

Möglichkeiten sich einzubringen, müssen für junge Frauen vor allem attraktiv und erreichbar sein. Dabei spielt der persönliche Kontakt vor Ort, aber auch das Internet mit seiner zeitlichen und örtlichen Ungebundenheit eine zentrale Rolle.

**WEIBLICHER TEIL DER GESELLSCHAFT IM FOKUS**

Diesen Trend gilt es auch auf Bundesebene aufzufangen. Die SPD braucht eine Anlaufstelle für junge Frauen, die es jederzeit erlaubt, sich in politische Diskussionen einzubringen oder einfach nach Kontakten und Gleichgesinnten vor Ort zu suchen. Die

Internetplattform spd-fem.net soll Ausgangsort und Herzstück sein, durch das junge Frauen bei ihrer Suche nach Gleichgesinnten unterstützt werden, in dem belastbare Netzwerke gesponnen werden, in dem Themen identifiziert, diskutiert und breit in die Partei getragen werden, wo Projekte und Kampagnen ihren Anfang finden.

spd-fem.net soll junge Frauen in der Partei halten und sie zu einem entscheidenden Machtfaktor machen.

Die SPD ist keine geschlossene Gesellschaft. Sie hatte insbesondere den weiblichen Teil der Gesellschaft immer im Fokus. Um diesem Anspruch auch weiterhin gerecht zu werden, müssen sich junge Frauen in der SPD engagieren wollen. Die dafür nötige offene attraktive Partei-Kultur zu schaffen, muss Kriterium für die anstehende Parteireform sein.

**BARCAMP FRAUEN 2011**

Das zweite BarCamp Frauen finden am 15. Oktober unter dem Motto „Was wollt ihr eigentlich?“ in der Kalkscheune Berlin (Johannisstraße 2, 10117 Berlin) statt. Für Kinderbetreuung und einen kleinen Imbiss ist gesorgt.

Es sind alle Menschen willkommen, die mitdiskutieren möchten, sich einbringen wollen und den Wunsch haben etwas zu bewegen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestimmen das Programm. Sie können selbst Sessions und Diskussionen anbieten.

Anmeldung und weitere Infos gibt es hier. Das BarCamp kann auch spontan, ohne vorherige Anmeldung besucht werden. Die Teilnahme ist kostenlos.

**Julia Maas / Nancy Haupt** □

➔ BarCamp Frauen „Was wollt ihr eigentlich?“, 15. Oktober, 11 - 18 Uhr Kalkscheune Berlin (Johannisstraße 2, 10117 Berlin), [www.barcampfrauen.mixxt.de](http://www.barcampfrauen.mixxt.de)

## Parteireform: Anstoß zur dauernden Veränderung

**„Partei in Bewegung“ ist der Antrag zum Organisationspolitischen Grundsatzzprogramm der SPD überschrieben, der am Montag auf breite Zustimmung im Parteirat stieß und in der kommenden Woche im Parteivorstand beraten werden soll. Im Dezember soll er auf dem Bundesparteitag beraten werden. Die Berliner SPD veranstaltet zu diesem Thema ein Mitgliederforum mit Andrea Nahles am 27. September (s. S. 6)**

„Wir werden nicht nur punktuell etwas verändern, sondern einen andauernden Veränderungsprozess anstoßen“, so heißt es im Antrag. „Uns geht es in erster Linie um Praxisänderungen, nicht nur um Sat-

zungsänderungen. Die Entwicklung unserer Organisation muss auf allen Ebenen genauso zur Daueraufgabe werden, wie die Gestaltung unserer Programmatik.“

Die Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für Mitglieder und Nicht-Mitglieder werden, so heißt es im Antrag, in einem Ausmaß erweitert, „wie es sie in der SPD bisher noch nicht gegeben hat.“ Parteimitglieder sollen bei Personalfragen unmittelbar entscheiden können – in regionalen Mitgliederversammlungen, durch Vorwahlen oder Briefwahlen, wenn es um öffentliche Ämter und Mandate oder um die Wahl einer oder eines Vorsitzenden geht. Welche Form der Beteiligung gewählt wird, soll die jeweilige Parteigliederung vor

Ort entscheiden können. Politisch Interessierte ohne Parteibuch sollen künftig in Arbeitsgemeinschaften oder Themenforen der SPD mitarbeiten können. Wer als Vertreter dieser Arbeitskreise eine Funktion in einem Gremium der Partei wahrnehmen möchte, muss aber weiter SPD-Parteimitglied sein.

Schlankere Führungsstrukturen und ein auf 600 Delegierte vergrößerter Parteitag sind geplant. Der Parteivorstand soll um zehn Mitglieder auf 35 verkleinert, das Präsidium abgeschafft werden. Um den Bezirken und Unterbezirken mehr politischen Einfluss zu ermöglichen, ist geplant, den Parteirat zu einem Parteikonvent mit 200 Delegierten zu entwickeln. **BS** □



Sozialpolitik:

# Statistik mit Verzerrungen

## Hartz-IV-Sätze: Gutachter sieht verfassungsrechtliche Probleme

**Die neuen Regeln zur Bestimmung des Hartz-IV-Satzes verstoßen in wesentlichen Punkten gegen verfassungsrechtliche Vorgaben, so ein neues Rechtsgutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.**

Das Gesetz „zur Ermittlung von Regelbedarfen“ vom März 2011 justiert das Verfahren neu, mit dem der Hartz-IV-Regelsatz ermittelt wird. Das Prinzip dabei: Die Höhe richtet sich nach den Durchschnittsausgaben einkommensschwacher und nicht von Grundsicherung oder Sozialhilfe lebender Haushalte. Die Daten werden anhand der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes erhoben.

IM GRUNDSATZ LEGITIM, IM  
DETAIL EIN PROBLEM

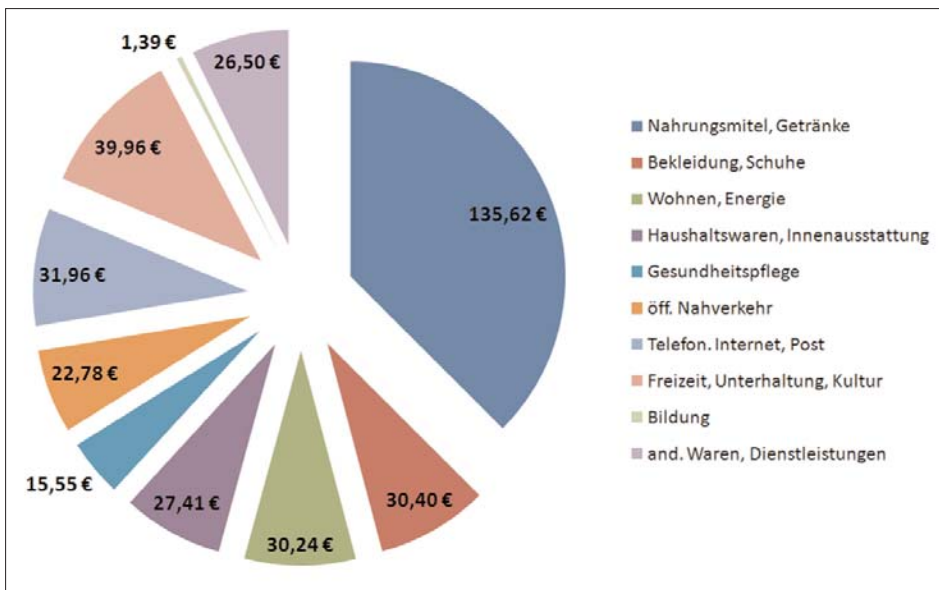
Im Grundsatz sei es verfassungsrechtlich legitim, das sozialrechtliche Existenzminimum mithilfe dieser so genannten Statistik-Methode zu ermitteln, schreibt Prof. Dr. Johannes Münder, Rechtswissenschaftler an der TU Berlin, in einem aktuellen Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung. Allerdings kollidierten die Regelungen in vielen wesentlichen Einzelpunkten mit dem Grundgesetz. Münder bezieht sich in seiner Untersuchung auf eine Studie der Verteilungsforscherin Dr. Irene Becker, die ebenfalls für die Hans-Böckler-Stiftung die Methodik der Regelsatzberechnung durchleuchtet hat.

ZEHN PROBLEME

Insgesamt identifizieren die Wissenschaftler zehn Aspekte, die das neue Verfahren verfassungsrechtlich problematisch machen. Die wichtigsten Punkte:

○ Die Vergleichsgruppe ist falsch abgegrenzt, weil die verdeckte Armut nicht herausgerechnet wurde. Als Maßstab zur Regelsatzberechnung sollen Haushalte dienen, die zwar ein geringes Einkommen haben, aber nicht solche, deren Einkünfte unterhalb des Existenzminimums liegen - etwa weil sie die ihnen zustehenden Sozialleistungen nicht ausschöpfen. Dazu wäre es nötig, diese in „verdeckter Armut“ lebenden Haushalte aus der Referenzgruppe herauszunehmen. Obwohl geeignete statistische Verfahren zur Verfügung stehen, sei dies aber nicht geschehen, stellen Münder und Becker fest. Damit ergeben sich systematisch zu niedrige Regelsätze.

○ Aufwandsentschädigung: Sehr geringe Erwerbseinkommen verzerren Daten.



So setzt sich der Hartz-IV-Satz von derzeit 361,81 Euro zusammen (Abfolge im Uhrzeigersinn). Grafik:

Wer im Wesentlichen von Sozialleistungen lebt und bis zu 73 Euro netto im Monat verdient, müsste dem Gutachten zufolge ebenfalls aus der Referenzgruppe ausgeschlossen werden. Denn dieser Betrag sei nicht als frei verfügbares Einkommen, sondern als Kompensation für Aufwendungen zu interpretieren, die durch eine Erwerbsarbeit entstehen. Hier verheddere sich der Gesetzgeber in Widersprüche, indem er den Betrag von 73 Euro, den er Erwerbsfähigen im Gegensatz zu Erwerbsunfähigen zubilligt, bei der Regelsatzermittlung ignoriert, so Münder. Unter anderem seien die Gebote der Systemklarheit, der Folgerichtigkeit und der Normenklarheit verletzt.

FAHRRAD UND KÜHLSCHRANK  
DIREKT ERSETZEN

○ Wie hoch der Finanzbedarf für langlebige Gebrauchsgüter ist, lässt sich aus der verwendeten Statistik nicht ablesen. Für die EVS zeichnen die Haushalte in der Stichprobe drei Monate lang auf, wofür sie Geld ausgeben. Daraus ergibt sich ein relativ verlässliches Bild der täglichen Ausgaben. Allerdings würden einmalige, nur in großen Abständen erfolgende Anschaffungen wie Fahrräder, Kühlschränke oder Fernseher nicht hinreichend erfasst, so Münder. Daher sei unsicher, ob das vom Grundgesetz geforderte menschenwürdige Existenzminimum mit der verwendeten Berechnungsmethode sichergestellt sei. Die Verteilungsforscherin Becker schlägt vor, Bedürftigen anstelle von Pauschalbeträgen einmalige Leistungen für größere

Gebrauchsgüter zu gewähren.

○ Die Einstufung bestimmter Konsumausgaben der Vergleichsgruppe als „nicht regelsatzrelevant“ führt zu einer Unterschätzung des Existenzminimums. Verfassungsrechtlich problematisch ist nach Überzeugung der Wissenschaftler auch eine fundamentale methodische Inkonsistenz beim neuen Verfahren: Das Statistik-Modell geht von durchschnittlichen Ausgaben aus, nicht vom individuellen Ausgabeverhalten.

GESETZGEBER GREIFT IN DIE  
STATISTIK EIN

Zugleich greift der Gesetzgeber mit normativen Begründungen in das statistisch ermittelte Ergebnis ein, indem er bestimmte Positionen für „nicht regelsatzrelevant“ erklärt. Das gilt nicht nur für Alkohol und Tabak, sondern etwa auch für Gartengeräte, chemische Reinigung oder Hundefutter. Damit kommt es zu einer Vermischung des Statistik-Verfahrens und des früher üblichen Warenkorbmodells, bei dem die Höhe der Sozialhilfe komplett auf normativen Setzungen fußte. Münder und Becker zufolge wird das Statistik-Modell auf diese Weise „ausgehöhlt“, indem die Möglichkeiten der Bedürftigen eingeschränkt werden, einen „internen Ausgleich“ zwischen Warenkategorien vorzunehmen. Das kann zu einer Unterschätzung des tatsächlichen Haushaltsbedarfs führen.

Ein Beispiel: Wenn die Referenzhaushalte im Schnitt acht Euro im Monat für Ziga-

**Fortsetzung Seite 10**

**Fortsetzung von Seite 9**

retten ausgeben, bedeutet das keineswegs, dass in allen Haushalten geraucht wird. Tatsächlich hat ein großer Teil der Haushalte überhaupt keine Ausgaben für Tabakwaren - dafür aber etwa höhere Ausgaben für Lebensmittel als die Gruppe der Raucher. Wird das Existenzminimum nun mit Verweis auf die Raucher um acht Euro niedriger angesetzt, haben darunter alle Haushalte zu leiden, auch die Nichtraucher mit überdurchschnittlichem Nahrungsbedarf. Aufgrund solcher Überlegungen dürfe der Gesetzgeber nur in begrenztem Umfang normativ begründete Abschläge von den tatsächlichen Durchschnittsausgaben vornehmen, schreibt Mündler. Insgesamt betragen die verschiedenen Abzüge nach Becker aber rund ein Drittel der statistisch ermittelten Ausgaben. So sei nach Ansicht beider Gutachter keine Existenzsicherung mehr gewährleistet.

○ Der herunter gerechnete Mobilitätsbedarf Bedürftiger ist nicht nachvollziehbar. Einzelnen Schritten bei der Bedarfsermittlung attestieren die Untersuchungen handwerkliche Mängel. Besonders fragwürdig scheint Mündler und Becker die Berechnung des Mobilitätsbedarfs: Hier gehen statistisch ermittelte Ausgaben für Benzin nicht in die Rechnung ein, weil das

Existenzminimum auch ohne Auto oder Motorrad erreicht werde. Selbst wenn man diese Sicht akzeptiert, müsste aber eine realistische Betrachtung berücksichtigen, dass die Referenzgruppe bei Wegfall der KFZ-Nutzung höhere Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel gehabt hätte. Allein durch die Missachtung dieses Punkts falle der aktuelle Hartz-IV-Regelsatz um knapp sechs Euro zu niedrig aus.

○ Die kulturelle Teilhabe Minderjähriger ist nicht für alle Kinder sichergestellt. Anstelle der per EVS ermittelten Beträge für Vereinsmitgliedschaften oder Ähnliches gesteht der Gesetzgeber Minderjährigen eine zweckgebundene Pauschale von 10 Euro im Monat für Mitgliedsbeiträge von Sportvereinen, Musikunterricht oder Freizeiten zu. Diese ist nicht Bestandteil der monetären Regelleistung, sondern des sogenannten Bildungspakets. Verfassungsrechtlich problematisch sind daran laut Mündler vor allem zwei Aspekte: Zum einen kollidiert der eng umrissene Verwendungszweck mit dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit - Kinder können ganz andere soziale und kulturelle Interessen haben. Zum anderen gehen Kinder leer aus, in deren Wohnumfeld keine entsprechenden Sport- oder Musikangebote existieren. Sie haben unter der Streichung der

entsprechenden Position bei der Regelsatzberechnung zu leiden, können die vorgesehene Kompensation aber nicht in Anspruch nehmen.

○ Der jüngste Inflationsausgleich erfolgte zu spät. Grundsätzlich sei die Regelung vertretbar, den Hartz-IV-Satz zum 1. Januar an die Teuerungsrate anzupassen, die sich in den zwölf Monaten bis zur Mitte des Vorjahres ergeben haben, so das Gutachten. Bei der jüngsten Anhebung seien aber - trotz vorhandener Daten - die Preissteigerungen des ersten Halbjahres 2010 nicht berücksichtigt worden. Mit dieser Abweichung vom üblichen Prozedere habe der Gesetzgeber seine Pflicht missachtet, das menschenwürdige Existenzminimum „bedarfszeitraumnah“ zu bestimmen. **PM** □

➡ Johannes Mündler: Verfassungsrechtliche Bewertung des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24.03.2011 - BGBI. I S. 453, Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung, August 2011

➡ Irene Becker: Bewertung der Neuregelungen des SGB II. Methodische Gesichtspunkte der Bedarfsbemessung vor dem Hintergrund des „Hartz IV-Urteils“ des BVerfG, Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung, August 2011

**Bildungspolitik:**

## Schavan straft ihre Worte Lügen

**Zu den Ergebnissen der Studie „Bildungsgerechtigkeit in Deutschland“ des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln erklärt der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Swen Schulz:**

Es ist immer das Gleiche: In Studien werden Fortschritte im Bildungswesen konstatiert und Ministerin Schavan erklärt daraufhin, dass alles wunderbar sei. Als Beleg pickt sie sich einzelne Ergebnisse heraus, etwa dass mehr Kinder aus fremdsprachigen Haushalten einen Kindergarten besuchen und mehr Kinder aus nichtakademischen Elternhäusern einen Studienabschluss erzielen.

Das ist zwar gut, aber nur die halbe Wahrheit. Denn weiterhin sind die Chancen von bildungsfernen Kindern viel zu gering. Wenn Frau Schavan postuliert, dass in Bildungschancen investiert werden sollte, dann muss sie mit bestem Beispiel vorangehen und das BAföG weiter ausbauen sowie endlich ihre Stimme erheben gegen das wahnwitzige Konzept des Betreuungsgeldes. Frau Schavan straft ihrer Worte Lügen, wenn sie Eltern künftig eine Prämie dafür zahlt, dass Kinder von der Bildungsstätte Kita ferngehalten werden! **PM** □

**Soziale Dienste:**

## Zu unbekannt

Es hakt noch beim Bundesfreiwilligendienst

**Im Sommer machten plötzlich Schlagzeilen wie „Bufdi verzweifelt gesucht“ und „Nur keinen Zwang“ die Runde. Die hinter den Erwartungen zurückgebliebene Nachfrage für den neuen Bundesfreiwilligendienst brachte das Bundesfamilienministerium auf die Idee, Träger der Freiwilligenjahre zu einer Quote für den Bundesfreiwilligendienst zu zwingen.**

Glücklicherweise wurde dieser Erpressungsversuch schnell enttarnt und vom Tisch genommen. Gleichwohl bleibt das Problem: Warum wird der Bundesfreiwilligendienst so schlecht angenommen? Und wie kommen die bisherigen Einsatzstellen des Zivildienstes ohne die „Zivis“ klar?

Um sich einen Überblick über die Situation in Spandau zu verschaffen, hatte der Spandauer Bundestagsabgeordnete Swen Schulz Ende August gemeinsam mit dem SPD-Bürgermeisterkandidaten Helmut Kleebank Spandauer Einrichtungen zum Gespräch eingeladen.

Zu unbekannt, noch nicht klar in der Handhabung, unattraktive Rahmenbedingungen hieß es dann auch unisono zu dem neu geschaffenen Bundesfreiwilligendienst. Im Gegensatz dazu sei das Freiwilli-



Swen Schulz, Daniela Kleineidam, Helmut Kleebank.

ge Soziale Jahr (FSJ) ein lange bekanntes und erfolgreiches Instrument, das sich großer Beliebtheit erfreut. Leider sei der Ausbau des FSJ, wie es die SPD gefordert hatte, nicht als Ersatz für den Zivildienst ausgebaut worden.

Gleichwohl waren sich alle einig, dass sie gerne dem Bundesfreiwilligendienst zum Erfolg verhelfen wollen, da diese Kräfte nach Wegfall des Zivildienstes fehlen. Auf Vorschlag von Swen Schulz wird es bald einen Informationsnachmittag geben, bei dem der Leiter des Arbeitsstabes Freiwilligendienste im Bundesfamilienministerium den Spandauer Einrichtungen Rede und Antwort stehen wird. Nähere Informationen unter Tel: 227 70 187. **PM** □

Neuerscheinung:

# Zwischen Aufklärung und Agitation

## Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics

**Comics können komplizierte Zusammenhänge in einfache Bildsprache übersetzen. Und wo Vereinfachung möglich ist, sind auch Rechtsradikale nicht weit. Sie nutzen Comics vielfältig zur Stimmungsmache. Und auch die Institutionen, die Aufklärung darüber betreiben, setzen im Kampf um die Köpfe auf Bilder. Ein umfangreicher und schwergewichtiger Band nimmt sich des Themas jetzt an.**

Mit dem Band „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics“ hat das Archiv der Jugendkulturen eine umfassende Sammlung von thematisch vielfältigen und reich bebilderten Aufsätzen vorgelegt. Das Archiv sammelt Materialien und Äußerungsformen von Jugendkultur, darunter Fanzines, Zeitschriften und Comics. Es führt aber auch die Fachleute zusammen, die die Materialien analysieren und auf Fachkonferenzen bewerten. „Generell herrscht ein großer Mangel an Wissen über die gesellschaftspolitische Bedeutung, über die Wirkungs- und Einsatzmöglichkeiten von Comics“, so die Einschätzung des Archivs. „Werden hier Gefahren für die Gesellschaft und Mittel zu ihrem Schutz sträflich übersehen? Welches bildungspolitische Potential steckt in Comics?“

### AUSTAUSCH AN WISSEN UND ERFAHRUNG

Herausgeber Ralf Palandt setzt an den Anfang bewusst keine Definitionen und Festschreibungen von Begriffen, sondern er fordert größtmögliche Offenheit. Palandt: „Der Austausch an Wissen und Erfahrungen ist essentiell für die Bestimmung und Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und für eine Weiterentwicklung von Unterrichtsformen und Materialien der politischen Bildungsarbeit.“

Palandt räumt in der Einleitung zunächst anhand vieler Belege mit dem Vorurteil auf, es gebe gar keine rechtsextremen Comics, weil das Genre von den Neonazis als „undeutsch“ angesehen werde. Und er zeigt auf, dass es 1945 keine Stunde Null der Comics gegeben hat - auch in der Zeit des Faschismus gab es Comics, nicht wenige auch importiert. Palandt setzt sich mit rassistischen Stereotypen auseinander und nimmt sich schließlich die Aufklärungs-Comics gegen Rechts vor. Fazit: Nicht alle treffen dabei die Lebenswirklichkeit.

Fabian Virchow und Gregor Mayer un-



*Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics, 450 Seiten, Archiv der Jugendkulturen Juni 2011, ISBN-13: 978-3940213624, 36 Euro.*

tersuchen in ihren Beiträgen die Comics in rechten Printmedien. Virchow nimmt sich mit den 1979 erstmals erschienenen Comic-Publikationen des Nationaldemokratischen Hochschulbundes ein fast historisches Thema vor, zeigt die Muster der Stigmatisierung Andersdenkender und die Zusammenarbeit rechter Gruppen in Europa.

Mayer analysiert in seinem Beitrag über „rassistische Comics und rechtsextreme Propaganda in Ungarn“ den Zusammenhang zwischen politischem Handeln und Medieneinsatz, das Wirken der Jobbik-Partei und die Entstehung einer völkisch-okkulten Kultur sowie die Nutzung des Internets zur Verbreitung rechtsradikaler und Roma-feindlicher Hefte. Offenbar haben Hass-Comics mit zu einem Klima in Ungarn beigetragen, das inzwischen zur offenen Verfolgung von Minderheiten führt.

### STEREOTYPEN IM COMIC

Der Abschnitt über Comics im Faschismus greift antisemitische italienische Comics von 1938 bis heute heraus - einer von mehreren Beiträgen in englischer Sprache - sowie die französischen Comics zur Zeit der Nazi-Propaganda im besetzten Frankreich zwischen 1940 bis 1944. Beide Texte zeigen auf, wie die Bildgeschichten von den Machthabern auch bewusst eingesetzt wurden. Sie spüren bereits den Stereotypen nach, mit denen Minderheiten ausgegrenzt wurden - ein Themenkomplex, der

in einer Reihe weiterer Aufsätze im Mittelpunkt steht.

Einen Großteil des Bandes nimmt die Darstellung von Comics gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ein sowie die Auseinandersetzung mit den in der Bildungsarbeit eingesetzten Materialien. Die kommen nicht immer gut weg. „Für einige Comics gegen Rechts gilt: Gut gemeint ist nicht immer auch gut gemacht“, so das bereits im Klappentext verteilte Urteil.

Die Standardwerke in der Darstellung des Holocaust werden ebenso wie ihre Zeichner präsentiert und deren Herangehensweise. Art Spiegelman etwa mit seinem Maus-Comic, der Darstellung der Shoah. „Spiegelman nutzt grafisch den nahezu genialen, Distanz schaffenden Verfremdungseffekt (Nazis als Katzen, Juden als Mäuse etc.), der es ihm und seinen LeserInnen erlaubt, das schier Unvorstellbare der systematischen, fabrikmäßigen Vernichtung von sechs Millionen Menschen überhaupt zu ertragen“, so Martin Frenzel in seinem Beitrag. Andere Zeichner bilden das Grauen in ihren Bildern sehr direkt ab.

### OPULENTE SAMMLUNG

Das Buch ist zunächst einmal eine opulente Materialsammlung und eine Fundgrube für Quellen. Neben Aufsätzen von und Interviews mit 20 internationalen ExpertInnen enthält der Band eine Vielzahl von Illustrationen und Comic-Beispielen zu den Texten, viele historische Belege und Hinweise. Es sind Arbeitsmaterialien, die Einblick in künstlerische Arbeit und Auseinandersetzung mit den Themen vermitteln, aber auch in den politischen Einsatz.

Comics und Zeichnungen werden von den Autoren auf ihre Bildsprache und ihre Merkmale hin untersucht, Vereinfachungsmechanismen werden erklärt. Ob und wie die Wirkung solcher Geschichten und Bilder eintritt, wie nachhaltig sie ist, ob sie das Denken verändert oder nur vorhandene Trends verstärkt, ob Themen damit neu gesetzt werden können, welche Gruppen der Gesellschaft erreicht werden - all das ist sicher genauere Untersuchungen wert. Auch in der Frage, mit welchen Mitteln Aufklärung betrieben werden kann, wie Rechtsradikalismus und die Verfolgung von Minderheiten auch mit den Mitteln der Comics wirkungsvoll bekämpft werden können, muss weiter untersucht werden. Gerade der interdisziplinäre Rahmen des Archivs der Jugendkulturen bietet dafür gute Voraussetzungen. **U.H. □**



*Berlin Lights - Eine Hauptstadt im farbigen Lichtermeer, gebundene Ausgabe, 168 Seiten Smiling Berlin Verlag; ET Oktober 2011, deutsch, englisch, ISBN-10: 3981460103*

## Das Buch zur Beleuchtung

**Zu Beginn der dunklen Jahreszeit wird es in Berlin wieder hell und bunt: Im Oktober 2011 findet das 7. Festival of Light statt. Einen Tag vor dem Festival eröffnet am 11. Oktober 2011 die Lichtkunstinstallation „Berlin Lights – Eine Hauptstadt im farbigen Lichtermeer“ von Enrico Verworner in der Wassergalerie.**

Verworner projiziert seine Fotografien an die Flächen der Wassergalerie und lässt sie mittels Morphingverfahren abgestimmt zur eigens komponierten Lounge-Musik ineinander übergehen. Die Installation vereint 200 ausgewählte Fotografien aus den letzten fünf Jahren Festival of Lights in einem audiovisuellen Gesamtkunstwerk aus Licht, Projektion, Musik und Gefühl.

„Berlin erwacht erst zur ‚blauen Stunde‘ und strahlt erst dann voller Lebensfreude. Berlin Lights – ist der zweite Teil meiner Berlin-Trilogie und die offizielle Lichtkunstinstallation zum Festival of Lights 2011, mit dem ich seit Jahren zusammenarbeite“, erklärt Enrico Verworner. Zugleich erscheint der gleichnamige Bildband mit „Berlin Lights – Eine Hauptstadt im farbigen Lichtermeer“ im Smiling Berlin Verlag und kann direkt auf der Ausstellung und im Handel erworben werden. **PM** □

➡ Vernissage: 11. Oktober 2011 um 19 Uhr in der Wassergalerie, Neue Jüdenstr. 1, 10179 Berlin

➡ Ausstellung: 11.-23. Oktober ab 19 Uhr in der Wassergalerie, Neue Jüdenstr. 1, 10179 Berlin

➡ Festival of Lights, vom 12. bis 23. Oktober 2011. Die Eröffnung „LightsOn“ wird am 12. Oktober um 19:30 Uhr vor dem offiziellen Festival-Zentrum am Quartier Potsdamer Platz stattfinden.

# Herrliche Zeiten?

Gerd Fessers Analyse der Ära Wilhelms II.

**„Herrlichen Zeiten führe Ich euch noch entgegen!“ So lautete die Versprechung Wilhelms II, gegeben 1892, die Gerd Fesser zum Titel seines Buches gemacht hat und an die nur allzu viele Deutsche glauben wollten. Fesser befasst sich nicht nur mit der Person und der Rolle des letzten deutschen Kaisers, er entwirft auch ein vielschichtiges Bild der Gesellschaft dieser Zeit.**

Knapp drei Jahrzehnte sind es, die Fesser analysiert. Eine Zeit mit vielen Widersprüchen und unterschiedlichen Interessen, mitgeprägt von der wachsenden Arbeiterbewegung.

Fesser, lange Zeit als Historiker an der Jenaer Universität tätig und mit einer Reihe von Veröffentlichungen hervorgetreten - darunter eine Biographie des Reichskanzlers Bülow -, stellt ein Kurzporträt des Kaisers an den Beginn seines Buches. Es ist ein geltungssüchtiger und sich selbst überschätzender Monarch, der da 1890 den Thron besteigt. Er forciert maßgeblich das Flottenwettrennen mit England, ist zudem sprunghaft und von wenig Sachkenntnis getrieben.

Fesser stellt die politischen Rahmenbedingungen Europas dar und die Interessenlage der europäischen Staaten. Er beschreibt die Kolonialismusträume eines Großteils der Deutschen und das Geltungsbedürfnis. Es ist ein Europa, das in Erwartung des Kriegs lebt, in dem sich neue Bündnisse formieren, aufgeschreckt auch durch Deutschlands Expansion.

Daneben entwickelt sich die Wirtschaft rasant weiter, die Arbeiterschaft kämpft um bessere Arbeitsbedingungen, die Sozialdemokratie wächst nach der Zeit des Verbots, die Obrigkeit behält noch die Oberhand, das Militär ist ein Machtfaktor, die Kriegspläne liegen in den Schubladen. Aber auch die Wissenschaft erringt immer neue Erkenntnisse. Und neben der vom Kaiser geförderten Verherrlichungskultur entwickelt sich eine ganz andere, neue.

Fesser beschreibt sachlich und mit vielen Zahlen, Zitaten und Fakten belegt, wie Wilhelm II. und die politische und wirtschaftliche Führungselite - angetrieben von Alldeutschen und verschiedensten Extremisten - Deutschland in den Krieg führten. Die Entwicklungslinien dieser Zeit lassen sich über den 1. Weltkrieg hinaus verfolgen, nicht immer gradlinig. Fesser macht dabei die Vielschichtigkeit der Einflüsse und die Brüchigkeit deutlich, er beschreibt, wie auch Künstler und Kulturmäzene wie Paul Cassirer oder Max Liebermann sich mit der Kriegspolitik identifizierten. Erst 1915



*Gerd Fesser, „Herrlichen Zeiten führe Ich euch noch entgegen!“, Donat-Verlag, 2009, 286 S. m. 74 Abb. 224mm x 126mm x 22mm, ISBN-13: 9783938275559*

bröckelte diese Unterstützung sichtbar angesichts der deutlicher werdenden Kriegseiden, des Todes Hunderttausender. Ein schneller Sieg war nicht mehr zu erwarten.

Am Ende dieser Ära steht die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie, die Ausrufung der Republik. Ein kleiner Abschnitt widmet sich der Person Philipp Scheidemanns, der vor allem in den letzten Lebensjahren nicht müde wurde, vor den Gefahren des NS-Regimes zu warnen.

„Das Kaiserreich“, schreibt Fesser, „ist im Gefolge eines Krieges entstanden und im Gefolge eines Krieges untergegangen. Dazwischen aber hat es den Deutschen die lange Friedensperiode der Jahre 1871 bis 1914 gebracht.“ Die Geschichtsschreibung selbst hat ihre Sicht auf die Ära verändert, wie Fesser nachzeichnet. Abgerückt ist man von der „deterministischen Vorstellung, das Kaiserreich habe sich seit 1871 folgerichtig auf seinen Untergang zubewegt“. Es hat zu verschiedenen Zeitpunkten ungenutzte Möglichkeiten der Kurskorrektur gegeben. Fesser ist es gelungen, die spannende Zeit der Widersprüche und Umbrüche im Zusammenhang darzustellen - lesbar und fesselnd. **U. H.** □

Geburtstag:

# Ein erfolgreicher Quereinsteiger

Spandau liegt ihm am Herzen: Werner Salomon wird 85

**„Auch ich war 1979 ein so genannter Quereinsteiger ohne Bezirksamtserfahrung, aber mit viel Lebens- und Berufserfahrung und dem festen Willen, für Spandau das Beste zu tun und es hat Spandau in den folgenden Jahren gut getan, mit neuen Ideen und neuen Vorstellungen die kommunalpolitische Landschaft in Spandau zu beleben.“**

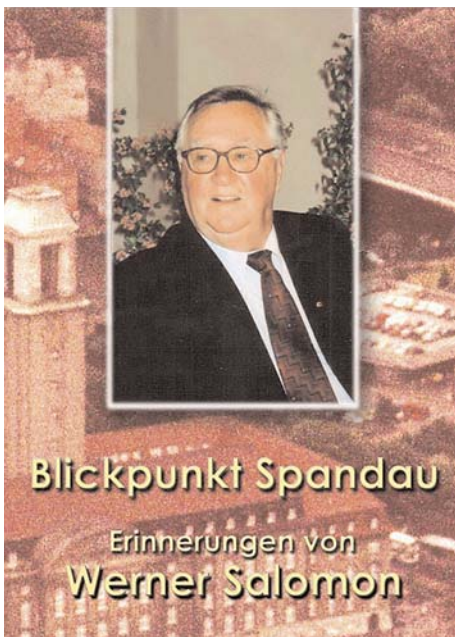
So warb Alt-Bürgermeister Werner Salomon wenige Tage vor der Wahl im September noch einmal für den Spandauer SPD-Bezirksbürgermeisterkandidaten Helmut Kleebank. Salomons großer Wunsch: „Die SPD muss künftig wieder bestimmende Kraft werden und an die Ära erfolgreicher sozialdemokratischer Bezirksbürgermeister anknüpfen.“

Dreizehn Jahre lang hatte er das Amt inne, drei Mal wurde er wiedergewählt. Ein Ausdruck der kommunalen Erfolge und von Salomons Bürgernähe.

Werner Salomon wurde am 1. Oktober 1926 in Berlin-Charlottenburg geboren. Der Vater Wilhelm Salomon stammte aus Hamburg-Altona, er war 1919 nach seiner Entlassung aus dem Kriegsdienst nach Berlin gezogen, wo er zunächst als Bürohilfsarbeiter im Militär-Festungsgefängnis Spandau beschäftigt war, ab 1920 dann als Buchhalter bei den Siemens-Schuckert-Werken in Siemensstadt.

Werner Salomon ging in Spandau zur Schule. Er erlebte die ersten Bombenangriffe mit, kam zum Ernteeinsatz nach Pommern. Mit 16 wurde er Flakhelfer, zum Ende des Zweiten Weltkriegs war Salomon als Soldat in Ostfriesland. Nach kurzer Internierung kam er bei Verwandten in Hamburg unter, wo er zwei Jahre blieb. 1947 kehrte er nach Spandau zurück und holte das Abitur an seiner alten Schule nach. 1953 bestand er die Steuerinspektorenprüfung und arbeitete in einem Berliner Finanzamt. Im DGB engagierte er sich für die Rechte der Berliner Beamten, wurde 1957 Leiter der Abteilung Beamte im Berliner DGB. Anfang 1960 trat er in die SPD ein, aus der Erkenntnis heraus, dass sich Gewerkschaftsarbeit und Parteiarbeit ergänzen. Im DGB organisierte er Ost-West-Seminare, die westdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit dem Ost-West-Konflikt vertraut machten. Ab 1964 war er schließlich Leiter der Abteilung Personal und Verwaltung, Finanzen und Vermögensverwaltung beim DGB Landesbezirk. 1973 wechselte er als Arbeitsdirektor zur Berliner GASAG.

Seine politische Laufbahn begann 1971 mit der Wahl in das Abgeordnetenhaus



*Werner Salomon hat seine Erinnerungen vor fünf Jahren in Buchform gepackt: Blickpunkt Spandau, gebundene Ausgabe, Projekte-Verlag Cornelius, 2006, 492 Seiten, ISBN-10: 3866341393, 29,50 Euro*

von Berlin. 1979 wurde er zum Spandauer Bezirksbürgermeister gewählt, ein Amt, das er bis 1992 innehatte.

In seiner Amtszeit rückte Spandau näher an Berlin: Zweimal konnte er - jeweils an seinem Geburtstag - U-Bahnverlängerungen einweihen, zunächst zum Rohrdamm, dann zum Rathaus Spandau. Die Sanierung der Altstadt Spandau wurde vollendet. Vor allem aber stand Werner Salomon für Bürgernähe. Gerade die Kommunalpolitik war ihm wichtig, weil sie sich auch um die kleinen Sorgen der Menschen kümmert, ganz praktisch und ohne Ideologie.

Einmal monatlich lud Werner Salomon in den Nachmittags- und Abendstunden zur Bürgersprechstunde. Mit „Rollenden Sprechstunden“ ging er als Bürgermeister in die Randbereiche des Bezirks. Er besuchte Betriebe und Vereine, als zweiter Bezirk in Berlin richtete Spandau 1980 eine Bürgerberatungsstelle ein.

Zu den Erfolgen, die ihm besonders am Herzen lagen, gehörte 1988 - zu einer Zeit, als an die Wende nicht zu denken war - der Aufbau einer Partnerschaft mit der DDR-Kreisstadt Nauen. Nach der Wende gelang es ihm, die Rückgliederung von West-Staaten nach Spandau vertraglich abzusichern. Mit Nauen und Falkensee wurden die Kontakte ausgebaut. Nauen ehrte Werner Salomon 1996 mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft.

Schon 1993 war ihm die Stadtältestenwürde von Berlin verliehen worden, seit einiger Zeit ist er Sprecher der Stadtältesten. Den Ruhestand genoss er auf seine Weise: Seit Dezember 1995 ist er ehrenamtlicher Vorsitzender des Arbeitersamariterbundes Nauen, in Spandau ist er Vorstandsmitglied der AWO. Er engagiert sich gegen Rassismus und Ausgrenzung, wirkt in zahlreichen Vereinen und Projekten mit.

Sein Geburtstag wird im Bezirk mit einem Empfang gefeiert. Geschenke will er aber nicht - lieber ist ihm eine Spende für die Restaurierung des Juliusurmes in der Spandauer Zitadelle. **U. H. □**

Gedenken:

## Erinnerung an Wilhelm Leuschner

**Der 29. September 1944 war der Hinrichtungstag von Wilhelm Leuschner im Gefängnis Plötzensee. Er war vom „Volksgerichtshof“ wegen seiner Beteiligung am Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt worden. In der Regierungsliste der Verschwörer um Claus Schenk Graf von Stauffenberg war er als Vizkanzler vorgesehen.**

Leuschner kämpfte bereits vor 1933 als Hessischer Innenminister gegen die NSDAP, wurde aber auch von der KPD heftig angegriffen. Er gehörte zum Vorstand des ADGB und wurde kurz nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten verhaftet. Nach der KZ-Haft engagierte sich Leuschner im Widerstand und knüpfte ein reichsweites gewerkschaftliches Netzwerk.

Anlässlich des Todestages von Wilhelm Leuschner lädt der DGB Berlin-Brandenburg gemeinsam mit „Arbeit und Leben“ zu einem Gesprächsabend „Unsere (un-)bekannte Gewerkschaftsgeschichte - Wilhelm Leuschner“. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand statt. **PM □**

➡ Donnerstag, 29. September, 19.00 Uhr, Wilhelm Leuschner Saal des DGB-Hauses, Keithstr. 1/3. Begrüßung: Doro Zinke, DGB-Vorsitzende Berlin-Brandenburg, Referent. Dr. Axel Ulrich, Biograph von Wilhelm Leuschner, Stadtarchiv Wiesbaden, anschließendes Gespräch mit Dr. Hans-Rainer Sandvoß, Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Diskussion unter Beteiligung des Publikums. Moderation: Dr. Heinrich-W. Wörmann, Arbeit und Leben Berlin.

# Gedenken und Aufklärung

## Ausstellung „Zentrale des Mauerbaus“ verlängert

**Die Senatsverwaltung für Bildung verlängert die Schaufensterausstellung „Zentrale des Mauerbaus“ bis zum 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit.**

Zentrale des Mauerbaus war das damalige Volkspolizeipräsidium zwischen der Keibelstraße und der heutigen Otto-Braun-Straße, wo seit Anfang 2010 auch der Sitz der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung ist.

Am 9. August 1961 bezog Erich Honecker, damals Sekretär für Sicherheitsfragen im ZK der SED, mit einem kleinen Stab Räume im Volkspolizeipräsidium. Von dort organisierte er den Mauerbau und kommandierte die DDR-Sicherheitsorgane. Interessierte können sich die Ausstellung am Schaufenster des Infopunktes der Senatsverwaltung in der Otto-Braun-Straße 27, Berlin-Mitte,

ansehen und - während der Öffnungszeiten - auch Informationsmaterial mitnehmen.

Die Schaufensterausstellung „Zentrale des Mauerbaus“ wurde gemeinsam mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. realisiert. Sie wird gefördert durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie durch den Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Der Berliner Landesbeauftragte lädt zudem am 28. September um 19 Uhr zu einer Veranstaltung mit Rezitationen, Fotos, O-Tönen und Filmausschnitten zum Thema „Das Ende des Stalin-Kults in der DDR 1961“, zusammengestellt von Falco Werkentin. Veranstaltungsort ist die Studiobühne der Alten Feuerwache, Marchlewskistr.6, Friedrichshain. **PM** □

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**

## TERMINE

■ 26.09.2011, 19:00 - 21:00, **Quo Vadis Jugendmedienstaatsvertrag**, SPD Netzpolitik, Veranstaltungsort: Stiftung neue Verantwortung, Berliner Freiheit 2, 10785 Berlin. Zu Gast: Marc Jan Eumann, Staatssekretär bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand, Berlin, wird über die aktuellen Entwicklungen zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (kurz: Jugendmedienschutz-Staatsvertrag oder JMStV) sprechen.

■ 26.09.2011, 19:00, **Abrechnungsskandale in Berliner Krankenhäusern - zügellose Raffgier oder Resultat verworrener Abrechnungsregeln?** Veranstalter: Berliner Wirtschaftsgespräche e.V., Bank für Sozialwirtschaft, Oranienburger Str. 13/14, 10178 Berlin, Eintritt: 12 €, Begrüßung Dr. Rudolf Steinke, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Berliner Wirtschaftsgespräche e.V., Podium: Georg Baum, Hauptgeschäftsführer Deutsche Krankenhausgesellschaft, Dr. Uwe Kräffel, Stellvertretender Vorsitzender KV Berlin, Dr. Anke-Britt Möhr, Geschäftsführerin AOK Nordost - Die Gesundheitskasse, Reinhold Preisler, Fachanwalt für Medizinrecht, Fürth, Ralf Stähler, Geschäftsführer DRK-Kliniken, Berlin, Moderation Prof. Dr. Dr. Alfred Holzgreve, Berliner Wirtschaftsgespräche e.V.

■ 27.09.2011, 19:00, Frank Zimmermann, MdA / Fachausschuss Europa: **Herausforderungen der EU-Migrationspolitik**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320., Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 28.09.2011, 16:30 Selbst Aktiv - Netzwerk behinderter Menschen in der SPD, **Behindertenpolitische Leitlinien des Senats zur Umsetzung der UN - Konvention DS 16/4265**, AWO Landesverband, Erdgeschoss, Blücherstr. 62, 10961 Berlin. Referent: Hartwig Eisel, Vorsitzender des Landesbehindertenbeirates

■ 28.09.2011, 19:30, Michael Arndt, MdA / Fachausschuss Soziale Stadt - Bauen, Wohnen Stadtentwicklung: **Stadtentwicklungspolitische Zielsetzungen**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 388, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 29.09.2011, 17:00 **Bessere Zusammenarbeit mit Polen**, Amerika-Haus, Hardenbergstr. 22 - 24, 10623 Berlin. SPD Berlin und SLD Warszawa laden zu einer Diskussion mit Ryszard Kalisz (Mitglied des polnischen Sejm) ein. Ryszard Kalisz leitete die deutsch-polnische Parlamentariergruppe, war Innenminister, Staatssekretär unter Präsident Kwasniewski und ist heute Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Gerechtigkeit und Menschenrechte. Anlässlich der Wahlen zum Sejm soll gemein-

## AWO-Bücherbasar

**Die AWO Südwest lädt wieder zu ihrem Bücherbasar**

Die angebotenen gebrauchten Bücher aller Themenbereiche sind Spenden, der Erlös wird für die soziale Arbeit der AWO Südwest e.V. verwendet. Buchspenden sind erwünscht und werden auch abgeholt.

Bücherbasar, Trödelangebot sowie der Verkauf in der AWO-Modeboutique findet an den Sonntagen 16. Oktober, 20. November, 18. Dezember jeweils in der Zeit von 10.00 bis 16.00 Uhr in der Osdorfer Str. 121, 12207 Berlin (direkt am S-Bahnhof Osdorfer Str.) statt.

Bei Kaffee und Kuchen besteht die Gelegenheit, in den „Trödelstuben“ der Arbeiterwohlfahrt zu stöbern. **PM ☐**

sam über die aktuelle Situation in Polen, über Probleme der Polonia hier und über die deutsch-polnische Zusammenarbeit mit Ihnen diskutiert werden. Mit Ryszard Kalisz diskutieren Frank Jahnke Wirtschaftspolitischer Sprecher der Berliner SPD-Fraktion, und Reinhard Naumann Stadtrat Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf (SPD), Initiator des Runden Tisches Polen

■ 06.10.2011, 15:00 - 18:00 **Bürgersprechstunde von Mechthild Rawert**, MdB - Tempelhof-Schöneberg, Wahlkreisbüro, Voranmeldung bitte unter: 720 13 884 oder mechthild.rawert@wk.bundestag.de

■ 10.10. von 15 bis 17 Uhr: **Eva Högl: Bürgersprechstunde** im Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

■ 10.10. **Eva Högl: Politische Tagesfahrt durch Berlin**. Neben einem Besuch des Bundestages und einer Diskussion mit Eva Högl, stehen diesmal Informationsgespräche im Bundesministerium für Verteidigung und im Bundesrat auf dem Programm. Ein spannender Tag für den es noch freie Plätze gibt. Anmeldungen und Rückfragen bitte unter eva.hoegl@wk.bundestag.de oder 030-4692-125.

■ 15. Oktober, 11 - 18 Uhr, **BarCamp Frauen „Was wollt ihr eigentlich?“**, Kalkscheune Berlin (Johannisstraße 2, 10117 Berlin) Weitere Informationen im Artikel auf Seite 7/8, Informationen und Anmeldung im Internet: [www.barcampfrauen.mixxt.de](http://www.barcampfrauen.mixxt.de) (der Besuch ist auch ohne Anmeldung möglich)

■ 19.10.2011, 18:30 - 20:45 Christian Gaebler, MdA / Fachausschuss Mobilität: **Bundesverkehrswegeplan / Bundesschienenwegebedarfsplan**, Referent: Hans-Joachim Hacker, MdB (angefragt), Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ weitere Termine [www.spd-berlin.de/termine](http://www.spd-berlin.de/termine)

HDB:

## 50 Jahre Anwerbung: Zweckehe feiert goldene Hochzeit

**50 Jahre gibt es die Anwerbeverträge zwischen Deutschland und der Türkei jetzt. Im Rahmen seiner „Kreuzberger Gespräche 11“ lädt der HDB - Progressive Volkseinheit der Türkei jetzt zur Veranstaltung „Sind Frauen die besseren Migranten? - Ayse aus Anatolien: Unterdrückt und zwangsverheiratet oder doch emanzipiert und selbstbestimmt? Was vom Mythos übrig bleibt.“**

Frauen mit Migrationshintergrund haben in Deutschland im Gegensatz zu Männern ein besseres Image. Während Mädchen mit guten Schulnoten glänzen, fallen Jungs in der Kriminalitätsstatistik auf. Und auch im öffentlichen Leben, ob nun im Kulturgehen oder in der politischen Landschaft gibt es eine Reihe von Frauen mit Einwanderungsgeschichte, die positiv von sich reden machen. Kurzum: „Migrantinnen“ vermitteln nicht nur den Eindruck sich besser in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, sondern scheinen insgesamt in vielen Lebensbereichen auch erfolgreicher zu sein.

Im Gegensatz dazu steht aber das allgemeine Frauenbild, das noch häufig in der deutschen Mehrheitsgesellschaft über Frauen aus dem vorderen Orient dominiert: unterdrückt, ungebildet und fremdbestimmt.

Dabei zeigt die Realität oft das Gegenteil. In diesem Zusammenhang wollen wir in unserer Veranstaltung u.a. über folgende Punkte diskutieren: Haben Migrantinnen ihre Emanzipation und den damit einhergehenden Erfolg der deutschen Gesellschaft zu verdanken oder waren sie immer schon selbstbestimmter als wahrgenommen? Oder haben es Frauen einfacher in Deutschland, weil orientalische Männer der Gesellschaft zu unbequem sind?

Es diskutieren Azize Tank, ehemalige Migrantenbeauftragte im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, die 1972 als Gastarbeiterin aus Istanbul nach Deutschland kam, Gün Tank, Integrationsbeauftragte in Tempelhof-Schöneberg, Sevim Aydin, Dipl. Juristin, M.E.S. / Wissenschaftliche Mitarbeiterin, bei Arbeit und Leben e.V. (DGB/VHS), Serdar Yazar, Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des TBB. Die Moderation haben Alke Wierth (taz) und Ahmet Iyidirli (HDB)

➡ Donnerstag, den 29. September 2011, um 19.00 Uhr, im AWO Café, Oranienstraße 69, 10969 Berlin-Kreuzberg

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

# Kunstwerk und Chronik

## Ausstellung und deutsch-polnische Nacht im KSH

**Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft Berlin-Warschau zeigt das August-Bebel-Institut in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus eine Auswahl von Fotografien von Anna Bohdziewicz.**

Die Fotoschau eröffnet den Blick auf politische und gesellschaftliche Ereignisse in Warschau seit 1990 sowie auf scheinbar unbedeutende Fragmente polnischer Realitäten. Seit 1982 führt die Künstlerin Anna Beata Bohdziewicz ihr „Fototagebuch oder das Lied vom Ende der Welt“, in dem sie die Farben der Zeit einfängt. Es ist persönliches Kunstwerk und politische Chronik zugleich, denn – so Bohdziewicz – vor Politik gibt es keine Flucht. Ausstellung und Begleitprogramm sind eine Kooperation mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft.

Zur Finissage am 21. Oktober gibt es einen deutsch-polnischen Abend mit dem Kabarettisten Steffen Möller im Gespräch mit Wolfgang Thierse und einer anschließenden Lesung mit der Krimiautorinnenvereinigung „13 Schwestern“, zu der die BERLINER STIMME und das Kulturforum Stadt Berlin einladen. Die Autorinnen Maria Kolenda, Gitta Mikati, Regina Röderensikat, Susanne Rüster und Ria Klug ha-



Denkmal in Warschau: Foto von Anna Bohdziewicz.

ben den Abend unter das Motto „Wszystko jest dobre! - Alles wird gut!“ gestellt. Eintritt: frei – Spenden erwünscht. **BS** □

➔ **Ausstellung:** Anna Beata Bohdziewicz: Fototagebuch aus Warschau (1991 – 2011), bis Fr 21. Oktober, Mo–Fr 14–18 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. (Eröffnung Fr 23. September, 18 Uhr, mit A. Bohdziewicz und Marek Grygiel, Kurator, Foto-Chef der Gazeta Wyborcza,)

➔ **Finissage,** Fr 21. Oktober, 19–21 Uhr: Gespräch mit Steffen Möller, Kabarettist, ab 20.30 Lesung der „13 Schwestern“.

## Lesen und sterben lassen

### „Zerstöckelt“: 13 Schwestern laden zum Krimifestival

**Zu ihrem 2. Berliner Frauenkrimifestival laden die „13 Schwestern“ in diesem Herbst. Bis zum 30. Oktober wird bei zahlreichen Lesungen sechs Wochen lang die ganze Vielfalt der Kriminalliteratur präsentiert – von Frauen geschrieben. Ihr Motto: „Zerstöckelt“**

Die „13 Schwestern“, Teil der Krimiautorinnenvereinigung „Mörderische Schwestern“ treten in Büchereien und Buchhand-

lungen auf, sind im Chokocafé in der Bleibtreustraße, in der Galerie Terzo Mondo oder im Bürgerschloss Hohenschönhausen. Mit jeweils unterschiedlichen Geschichten und Themen und in stets unterschiedlicher Besetzung zeigen sie dabei die ganze Vielfalt ihrer Arbeiten. **PM** □

➔ **2. Berliner Frauenkrimifestival bis 30.10.2011** Alle Termine und Orte unter <http://13schwwestern.de/>

## KULTURTIPPS

**Mehr Demokratie wagen!** Diskussion und Buchvorstellung anlässlich des Erscheinens des Buches „Günter Grass auf Tour für Willy Brandt. Die legendäre Wahlkampfpreise 1969“ (Ch. Links Verlag). Günter Grass und Sigmar Gabriel sprechen ausgehend von mancher Erinnerung über den Zustand der Demokratie, über die Öffnung der Partei, über die Stimme der Intellektuellen und Schriftsteller, über notwendige Alternativen zur Politik des Landes.

➔ Freitag, 7. Oktober, Willy-Brandt-Haus, Berlin, Beginn 13:00 Uhr

**Ballett.** Mit den Tschaikowsky-Klassikern „Schwanensee“, „Romeo und Julia“ und „Dornröschen“ kommt das russische St. Petersburg Festival Ballet Mitte November nach Berlin. An drei aufeinanderfolgenden Abenden (16. bis 18.11) im russi-



Szene aus Romeo und Julia.

schen Haus in der Friedrichstraße sind die Stücke zu sehen. Das St. Petersburg Festival Ballet verspricht: „Mit grandiosem Bühnenbild- und Kostümenpracht, grenzloser Eleganz und unbeschwerter Leichtigkeit wird man noch mal überzeugt, dass eine klassische Version in märchenhaften Darbietung auch nach über 100 Jahren faszinierend und aktuell bleibt.“ **PM** □

➔ Tickets sind bei allen VVK-Stellen von CTS, im Internet unter [www.eventim.de](http://www.eventim.de) und per Telefon unter 030 - 47997447 ab 26€ erhältlich